

Mag der deutsche Arbeiter heute noch nicht überall wieder wach genug sein, denn Deutschland ist infolge seiner verschiedenartigen politischen Impulse in manchen Zonen noch eine Anhäufung verstörter Menschen; er wird morgen wach sein.

Dann aber wird eine hannoversch orientierte Sozialdemokratie ihren Kurs nicht mehr ändern können. Die deutsche Arbeiterklasse, auf deren Banner seit Jahrzehnten die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ steht, wird ihren Blick für die großen konstruktiven Gedanken des einheitlichen Staatsaufbaus wiederfinden in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Dr. Schumacher schimpft uns leichtfertig und oberflächlich „rotlackierte Nationalisten“. Wie steht es um die Arbeiterklasse und die nationale Frage? Nicht das Bürgertum ist heute Träger des nationalen Gedankens in Deutschland, sondern die Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse kennt Deutschland nur als *ein* Vaterland, als *eine* Rohstoffbasis, Verkehrs- und Krafeeinheit, als *eine* Fabrik und *einen* Bauernhof, weil sie Deutschland nicht zum Tummelplatz verzweifelter Bettler für alle Zeiten werden lassen will.

Die Arbeiterklasse will das deutsche Volk zur Friedensliebe ermuntern und erziehen. Darum muß dieses Volk leben, das kann es aber nur, wenn ihm seine staatliche und wirtschaftliche Einheit gegeben wird. Es wäre ein verhängnisvoller Trugschluß, wenn die Alliierten in einer Zerstückelung Deutschlands die entscheidende Sicherung gegen das Aufkommen neuer expansiver oder chauvinistischer Tendenzen sehen würden. Wir fürchten, das Gegenteil könnte eintreten, das aber würde die Arbeit der wirklich friedliebenden sozialistischen Arbeiterschaft nur erschweren müssen.

Welche Entscheidung aber auch fallen möge, die Arbeiterklasse kann und wird ihren Kampf um ein einheitliches Deutschland nicht aufgeben, weil sie sich sonst aller Voraussetzungen für wirksame sozialistische Maßnahmen begeben würde.

Die Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschen können zum weitaus überwiegenden Teil in Deutschland nur befriedigt werden, wenn die gesamte Wirtschaft einheitlich in Erscheinung tritt

und planmäßig organisiert wird. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Umschichtung des deutschen Volkes durch den Zusammenbruch des Hitlerreiches hat die Bedeutung der werktätigen Bevölkerung für den Wiederaufbau Deutschlands entscheidend gesteigert.

Die Erhaltung der nationalen Einheit ist damit zum Lebensinteresse der arbeitenden Menschen geworden.

## Die große Lehre

3. Oktober 1946

Der mit größter Gründlichkeit geführte Nürnberger Prozeß gegen die Kriegsverbrecher hat das deutsche Volk in einen schauerlichen Abgrund menschlicher und politischer Verkommenheit blicken lassen. Die Prozeßberichte über die zehnmonatige Verhandlung werden die Geschichtsschreibung über die „Ära Hitler“ grauenhaft und entscheidend bereichern. Das deutsche Volk hat daraus zu lernen. Unsere Lehre lautet: nicht Rache, sondern Reinigung! Deutschland muß gereinigt werden von den Resten nazistischen Geistes und seiner Träger. Ohne diese Reinigung ist weder eine Entmilitarisierung noch eine Demokratisierung Deutschlands möglich. Wir haben in dem Prozeß von Nürnberg wegen seiner sachlichen, für unsere Begriffe oft zu duldsamen Durchführung nicht eine Schaustellung übermütiger Siegersgelüste gesehen. Der Umfang und die Tiefe unseres nationalen Unglücks und menschlichen Leidens gehen aber so vollständig auf die Urheber und Träger des Nazismus zurück, daß es für das deutsche Volk keine graduellen Unterschiede der Schuld und der Sühne bei diesen Männern gibt, die zu einer verschiedenartigen Beurteilung und Verurteilung Veranlassung geben können. Wenn das Weltgericht der Vereinten Nationen eine gerechte Sühne für die der Welt angetane Schmach in dem Nürnberger Urteil sieht, so unterliegt diese Beurteilung nicht uns, sondern den geschädigten Völkern Europas und der Welt. Über die in Nürnberg zur Anklage gestandenen Punkte hinaus ist die dem deutschen Volk angetane

Schmach und das über Millionen deutscher Menschen gebrachte namenlose Unglück nicht gesühnt.

Im Namen der Menschlichkeit, im Namen der Millionen trauernden Witwen, der weinenden Mütter, im Namen der Millionen Opfer eines entsetzlichen Rassenwahns, im Namen der Hunderttausende von Freiheitskämpfern, die mit uns durch Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen sind, im Namen der unzähligen Gefolterten, Vergifteten, Vergasteten, Verbrannten und sonst Gemordeten muß das deutsche Volk sich befreien von der Existenz dieser Männer. Das Urteil des deutschen Volkes lautet für alle gleich: schuldig!

In der Sühne für diese Schuldigen kann es auch für das deutsche Volk keine Unterschiede geben. Es gibt überhaupt kein Strafmaß und keine Straftat, die, gemessen an den Ungeheuerlichkeiten des Hitlersystems, als ausreichend gewertet werden können. Wenn Deutschland seine Zukunft vor ähnlichen Wiederholungen sichern will, muß es den Weg der Selbstreinigung bis zum erfolgreichen Ende energisch weitergehen. Das deutsche Volk muß durch seine eigenen Gerichte noch ein sehr ernstes und letztes Wort mit diesen Trägern teuflischer Bestialität reden.

Deutschland muß für immer und gründlichst einen Schlußstrich zwischen sich und der Vergangenheit ziehen. Dazu gehört auch eine genaue und umfangreiche Erfassung und Bestrafung aller Kriegsverbrecher und verantwortlichen aktiven Nazis, die bisher in Deutschland noch unangetastet herumlaufen oder untergetaucht sind. Das Nürnberger Urteil gibt uns Deutschen aber auch die Möglichkeit, die Böcke von den Schafen zu trennen, das heißt, die kleinen nominellen Parteimitglieder wieder in ein normales Leben einzugliedern. Man kann nicht den kleinen Zellenobmann verfolgen und Fritzsche freisprechen. Es darf bei der in Deutschland notwendigen inneren Reinigung nicht heißen: „Die Kleinen hängt man auf, und die Großen läßt man laufen.“ Eine Auswirkung des Prozesses aber hat das deutsche Volk mit Ermutigung und Befriedigung entgegengenommen: Es ist die Erkenntnis des Gerichts und der Welt, daß die Deutschen in ihrer Gesamtheit als

Volk für die Verbrechen Hitlers und seiner Gefolgs männer nicht schuldig zu sprechen sind. Zumindest ist das deutsche Volk nicht so schuldig an den zwölf Jahren Hitlerbarbarei wie die Freigeprochenen: Schacht, Papen und Fritzsche.

## Im Kampf um die Einheit Deutschlands

*Vortrag im Berliner Rundfunk*

4. Oktober 1946

Die Öffentlichkeit ist erfüllt von Diskussionen und Auseinandersetzungen über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands. Aus Versammlungen, Zeitungen und Flugblättern schwirren dem Wähler Begriffe und Worte wie: Separatismus, Partikularismus, Föderalismus oder Unitarismus entgegen, Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund – wer soll sich darin schließlich noch auskennen. Und doch sind diese Dinge für uns so wichtig, von so entscheidendem Einfluß auf unser Leben, daß niemand an ihnen vorübergehen darf. Die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands bestimmt das Schicksal jedes einzelnen Menschen.

Wie soll das Haus einmal aussehen, in dem das deutsche Volk sich wieder einrichten und sein Leben gestalten kann? Ohne Demokratie ist in Deutschland ein Leben in Zukunft undenkbar. Davon gingen auch die alliierten Mächte aus, als sie Deutschland und das deutsche Volk nicht vernichteten, sondern ihm auf der Konferenz von Potsdam im vorigen Jahr die Möglichkeit zu einem neuen Leben boten. Die Staatsmänner der Alliierten sind unter ausdrücklicher Abkehr von Rache- und Vernichtungsgedanken von der Auffassung ausgegangen, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit die Voraussetzung für die Garantie eines mittleren Lebensstandards und einer lebensfähigen deutschen Friedensindustrie ist.

Die oberste Regierungsgewalt in Deutschland wird von den Oberkommandierenden der Besatzungsmächte gemeinsam durch

den Alliierten Kontrollrat ausgeübt. Unabhängig davon sollen nach den Potsdamer Beschlüssen zentrale deutsche Verwaltungsstellen eingerichtet werden für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie. Deutschland soll während der Dauer der Besetzung als eine „einzige wirtschaftliche Einheit“ behandelt werden. Wo bleibt die „einzige wirtschaftliche Einheit“?

Obwohl vierzehn Monate seit der Schaffung dieser Bestimmungen vergangen sind, ist die wirtschaftliche Einheit Deutschlands noch nicht hergestellt. Das wirtschaftliche Leben Deutschlands ist nicht weitergekommen, sondern eher in seiner Entwicklung auf das schwerste behindert. Deutschland ist in vier Zonen zerschnitten. Es war nicht die Absicht der Potsdamer Konferenz, Deutschland zu zerreißen. Sie wollte vielmehr die Verwaltung seiner Gebietsteile, so auch der Länder, nach demokratischen Grundsätzen von unten auf durchgeführt wissen, ohne eine zentrale Regierung in Zukunft unmöglich zu machen. Sie wollte nicht einmal die vorgesehenen zentralen Verwaltungsstellen am ständigen Widerspruch und eigenen Willen der Länderregierungen scheitern lassen. Diese Gefahr aber steht vor uns, wenn die gegenwärtige Zerrissenheit Deutschlands aufrechterhalten wird. Deutschland besteht zur Zeit nicht nur aus den vier militärischen Besatzungszonen, sondern die Besatzungsmächte in den einzelnen Zonen, mit Ausnahme der sowjetischen Besatzungszone, haben nunmehr auch begonnen, innerhalb der einzelnen Besatzungszonen neue Länder zu bilden. Die von dieser Länderneubildung betroffene Bevölkerung ist über die verordnete Neugliederung nicht befragt worden. Besonders bedauerlich erscheint es uns, daß diese Neugliederung nicht nur ohne Anhörung der Bevölkerung, sondern auch ohne gegenseitige Übereinstimmung der Alliierten erfolgt ist. Die getroffene Regelung ist nicht erfolgt unter Berücksichtigung der gesamtdeutschen Interessen, sondern sie scheint vielmehr der jeweiligen Auffassung der einzelnen Besatzungsmächte entsprungen zu sein.

Die Gefahr für die einheitliche Gliederung Deutschlands droht

aber nicht nur infolge der mangelnden Übereinstimmung der Alliierten, sondern auch infolge des Verhaltens großer Teile des deutschen Volkes selbst. Menschen, die ein Jahrhundert lang nach dem nationalen Einheitsstaat riefen, stehen jetzt auf dem Sprunge, ihn preiszugeben. Der deutsche Partikularismus und Separatismus, die nach 1945 in die Halme zu schießen begannen, zeigen uns, daß sich Teile des deutschen Bürgertums und leider auch der Arbeiterklasse von der nationalen Idee nichts mehr versprechen. Im Süden, Westen und Norden Deutschlands sind Menschen am Werk, Teile Deutschlands abzutrennen. Im schleswig-holsteinischen Landtag hat der konservative Graf von Reventlow einen Antrag auf Abtrennung deutscher Gebiete und ihren Anschluß an Dänemark gestellt. Im Süden Deutschlands, in Singen, ist der separatistische „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ gegründet, der die „Schaffung eines autonomen Staatswesens anstrebt, das den schwäbisch-alemannischen Raum innerhalb der alten Reichsgrenzen umfaßt“. Der Anführer dieses separatistischen Klubs, der Singer Bürgermeister Dr. Dietrich, begründet diesen landesverräterischen Schritt mit folgenden Worten: „Wir wollen politisch und wirtschaftlich aus dem preußisch-deutschen Getto hinaus.“

Unter der Losung „gegen das Preußentum“ erstreben im Saargebiet Deutsche die Lostrennung von Deutschland. In den Reihen dieser separatistischen Bewegung stehen die Vertreter der großen Saarkonzerne, die mit Hitler durch dick und dünn gingen. Unter ihnen befinden sich: der frühere Nazidirektor der Burbacher Hütte, Direktor Hardt vom Neunkirchener Eisenwerk; der frühere Pg Direktor Radziewsky, der, nebenbei bemerkt, Mitglied des Zentralen Säuberungsausschusses für die Industrie-, Handels- und landwirtschaftlichen Unternehmungen im Saargebiet ist; ferner der Vorsitzende dieses Ausschusses, Jakob Herbert, im „dritten Reich“ Leiter der Überleitungsstelle für Feindvermögen in Metz. Auch der Saarbrücker Oberbürgermeister, Dr. Heim, der während der Nazizeit Mitarbeiter des Gauleiters Bürckel war, ist ein führender Separatist.

Die saarländischen Konzernherren sind aus schnöder Profitgier bemüht, durch den Anschluß an Frankreich vor der gerechten Vergeltung für ihre Eroberungspolitik und ihren Anteil am Hitlerkrieg zu fliehen. Sie verraten dafür ihr eigenes Vaterland.

Um in der Saarbevölkerung eine Stimmung für die Lostrennung von Deutschland zu erzeugen, drohen die saarländischen Separatisten, die gesamte Schwerindustrie werde die Produktion einstellen müssen, wenn das Saargebiet bei Deutschland verbleibt. Mit Schande haben sich die leitenden Körperschaften sowohl der Christlichen Volkspartei als auch der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets durch ihr Eintreten für den Anschluß des Saargebiets an Frankreich bedeckt. Die Hintermänner des separatistischen Volksverrats sind die Herren der Reaktion und der Schwerindustrie des Saargebiets. Alle diese Menschen sind Verbrecher an den Lebensinteressen des Volkes.

Sind die Separatisten offene Feinde des Volkes, so begegnet uns der übersteigerte Föderalismus, wie wir ihn in Bayern sehen, als versteckter Schädling des Volksganzen. Das Wort Föderalismus kommt vom lateinischen foedus und heißt Bündnis. Was jedoch in Bayern vorgeht, ist nicht Bündnis, sondern die Vorbereitung zur Flucht aus der allgemeinen Verantwortung des deutschen Volkes. Der Föderalismus ist ein Prinzip des Staatsaufbaus. Es gibt Situationen, in denen es sachlich begründet ist, in eine Erörterung dieses Prinzips einzutreten. Große Nationalitätenstaaten wie die Sowjetunion, die Völkerschaften verschiedenster Herkunft, Geschichte, Sprache, Landschaft, vielgestaltigster Formationen und Klimata in sich einschließen, sind durch die Logik der Verhältnisse geradezu genötigt, sich föderativ aufzubauen. Der Zentralismus würde dort zweifellos unheilvoll wirken. Er würde Menschen und Dinge über einen Kamm scheren, die der Natur der Sache nach nicht die Voraussetzungen in sich tragen, über einen Kamm geschoren zu werden. Die Voraussetzungen in Deutschland liegen ganz anders. Weder seine Geschichte, seine Landschaft, noch die Sprache seiner Einwohner bedingen eine

aber nicht nur infolge der mangelnden Übereinstimmung der Alliierten, sondern auch infolge des Verhaltens großer Teile des deutschen Volkes selbst. Menschen, die ein Jahrhundert lang nach dem nationalen Einheitsstaat riefen, stehen jetzt auf dem Sprunge, ihn preiszugeben. Der deutsche Partikularismus und Separatismus, die nach 1945 in die Halme zu schießen begannen, zeigen uns, daß sich Teile des deutschen Bürgertums und leider auch der Arbeiterklasse von der nationalen Idee nichts mehr versprechen. Im Süden, Westen und Norden Deutschlands sind Menschen am Werk, Teile Deutschlands abzutrennen. Im schleswig-holsteinischen Landtag hat der konservative Graf von Reventlow einen Antrag auf Abtrennung deutscher Gebiete und ihren Anschluß an Dänemark gestellt. Im Süden Deutschlands, in Singen, ist der separatistische „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ gegründet, der die „Schaffung eines autonomen Staatswesens anstrebt, das den schwäbisch-alemannischen Raum innerhalb der alten Reichsgrenzen umfaßt“. Der Anführer dieses separatistischen Klubs, der Singer Bürgermeister Dr. Dietrich, begründet diesen landesverräterischen Schritt mit folgenden Worten: „Wir wollen politisch und wirtschaftlich aus dem preußisch-deutschen Getto hinaus.“

Unter der Losung „gegen das Preußentum“ erstreben im Saargebiet Deutsche die Lostrennung von Deutschland. In den Reihen dieser separatistischen Bewegung stehen die Vertreter der großen Saarkonzerne, die mit Hitler durch dick und dünn gingen. Unter ihnen befinden sich: der frühere Nazidirektor der Burbacher Hütte, Direktor Hardt vom Neunkirchener Eisenwerk; der frühere Pg Direktor Radziewsky, der, nebenbei bemerkt, Mitglied des Zentralen Säuberungsausschusses für die Industrie-, Handels- und landwirtschaftlichen Unternehmungen im Saargebiet ist; ferner der Vorsitzende dieses Ausschusses, Jakob Herbert, im „dritten Reich“ Leiter der Überleitungsstelle für Feindvermögen in Metz. Auch der Saarbrücker Oberbürgermeister, Dr. Heim, der während der Nazizeit Mitarbeiter des Gauleiters Bürckel war, ist ein führender Separatist.

Die saarländischen Konzernherren sind aus schnöder Profitgier bemüht, durch den Anschluß an Frankreich vor der gerechten Vergeltung für ihre Eroberungspolitik und ihren Anteil am Hitlerkrieg zu fliehen. Sie verraten dafür ihr eigenes Vaterland.

Um in der Saarbevölkerung eine Stimmung für die Lostrennung von Deutschland zu erzeugen, drohen die saarländischen Separatisten, die gesamte Schwerindustrie werde die Produktion einstellen müssen, wenn das Saargebiet bei Deutschland verbleibt. Mit Schande haben sich die leitenden Körperschaften sowohl der Christlichen Volkspartei als auch der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets durch ihr Eintreten für den Anschluß des Saargebiets an Frankreich bedeckt. Die Hintermänner des separatistischen Volksverrats sind die Herren der Reaktion und der Schwerindustrie des Saargebiets. Alle diese Menschen sind Verbrecher an den Lebensinteressen des Volkes.

Sind die Separatisten offene Feinde des Volkes, so begegnet uns der übersteigerte Föderalismus, wie wir ihn in Bayern sehen, als versteckter Schädling des Volksganzen. Das Wort Föderalismus kommt vom lateinischen foedus und heißt Bündnis. Was jedoch in Bayern vorgeht, ist nicht Bündnis, sondern die Vorbereitung zur Flucht aus der allgemeinen Verantwortung des deutschen Volkes. Der Föderalismus ist ein Prinzip des Staatsaufbaus. Es gibt Situationen, in denen es sachlich begründet ist, in eine Erörterung dieses Prinzips einzutreten. Große Nationalitätenstaaten wie die Sowjetunion, die Völkerschaften verschiedenster Herkunft, Geschichte, Sprache, Landschaft, vielgestaltigster Formationen und Klimata in sich einschließen, sind durch die Logik der Verhältnisse geradezu genötigt, sich föderativ aufzubauen. Der Zentralismus würde dort zweifellos unheilvoll wirken. Er würde Menschen und Dinge über einen Kamm scheren, die der Natur der Sache nach nicht die Voraussetzungen in sich tragen, über einen Kamm geschoren zu werden. Die Voraussetzungen in Deutschland liegen ganz anders. Weder seine Geschichte, seine Landschaft, noch die Sprache seiner Einwohner bedingen eine

föderative Aufspaltung. Auch ein Vergleich Deutschlands mit dem Föderativstaat der Schweiz ist völlig abwegig.

Der Vorkämpfer des als föderalistisch maskierten partikularistischen Prinzips war früher und ist heute die „Ordnungszelle“ Bayern. Die gegenwärtige föderalistische Bewegung in Bayern wie auch in anderen Gebietsteilen Deutschlands ist ihrem Wesen nach nicht anders als die nach 1918: sie ist in Wahrheit partikularistisch und damit gefährlich. Die Reaktion, die entmachteten Nazis und die in ihren Besitzinstinkten sich bedroht fühlenden Bürger wollen sich Schlupfwinkel schaffen, in denen sie ihr Unwesen weitertreiben und sich eine Stellung gegen fortschrittliche und insbesondere sozialistische Maßnahmen schaffen können. Ein Blick in die Art der Parteibildung in den westlichen Besatzungszonen zeigt uns das zur Genüge. Wir müssen es klar und offen aussprechen: Wer sich heute zum föderalistischen Prinzip bekennt, ist dringend verdächtig, zum Schildknappen der Reaktion zu werden.

Die wirkliche Situation in Bayern erkennt man am besten aus einem Vergleich der bayerischen Verfassung von 1919 und dem neuen Verfassungsentwurf, der zum Gesetz geworden ist. Die bayerische Verfassung vom 17. März 1919 sagt im § 1 klipp und klar: „Der Freistaat Bayern ist Mitglied des Deutschen Reiches.“ Diese Verfassung wurde von demselben sozialdemokratischen bayerischen Arbeitsminister Roßhaupter unterschrieben, der zusammen mit dem Sozialdemokraten Dr. Högner auf Betreiben der Christlich-Sozialen Union ein Verfassungsmachwerk schaffen wollte, dessen § 1 schlicht und echt bayerisch lautete: „Bayern ist ein Freistaat.“ In dem gesamten bayerischen Verfassungsentwurf von rund 140 Bestimmungen war kein Wort darüber zu finden, daß Bayern zu Deutschland gehört. Ja, in dem ganzen Verfassungsentwurf fehlte überhaupt das Wort „deutsch“. Das Ziel der Christlich-Sozialen Union war die Schaffung eines Staatspräsidenten von Bayern, dem geradezu absolutistische Machtbefugnisse eingeräumt werden sollten. Der bayerische Landtag hat schließlich nach schweren parlamentarischen Kämpfen durch diese

reaktionären Bestrebungen einen Strich gemacht. Die Christlich-Soziale Union fiel hierbei ebenso auseinander wie die Sozialdemokratische Partei, die sich von ihrem Führer Högner und seinem Ministerkollegen trennte. Es ist kein Wunder, daß der Exkronprinz Rupprecht von Bayern der Christlich-Sozialen Union versicherte, „daß er in der CSU alle traditionellen Punkte gewahrt sehe“. Aber das für uns politisch Interessante und Wichtige ist, daß diese Christlich-Soziale Union in Bayern und die Sozialdemokratie in Bayern die Schwesterparteien der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone und der Rest – Sozialdemokraten in Berlin sind.

Auch die Stellung der Liberal-Demokratischen Partei der sowjetischen Besatzungszone zu der Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands ist unentschlossen. Auf dem Kongreß der Liberal-Demokratischen Partei im Juli dieses Jahres in Erfurt hat Herr Dr. Külz für die Einheit Deutschlands sehr schöne Worte gefunden, aber gleichzeitig den Vorschlag gemacht, Deutschland in vier Länder aufzuteilen, die den gegenwärtigen Besatzungszonen entsprechen. Herr Dr. Külz hat damals selbst darauf hingewiesen, daß diesem Vorschlag gegenüber der Einwand nahe liege, er verewige die Zonengrenzen. Die Tendenz der gegenwärtigen Entwicklung dürfte leider diese Befürchtung nicht als unge-rechtfertigt erscheinen lassen. Auch die Liberal-Demokratische Partei steht damit in der Frage der Einheit Deutschlands nicht vollkommen eindeutig und klar vor dem Volk.

Deutschland kann ohne seine wirtschaftliche und staatliche Einheit nicht zu neuem Leben kommen. Die Schaffung erträglicher Lebensverhältnisse setzt die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands voraus. Die Potsdamer Konferenz wollte die Verwaltung der deutschen Gebietsteile, so auch der Länder, nach demokratischen Grundsätzen von unten auf durchgeführt wissen. Das ist nicht geschehen. Einzelne Besatzungsmächte sind einen anderen Weg gegangen. Wir bedauern das sehr. Unsere Aufgabe ist es, im deutschen Volk selbst alle Kräfte zu sammeln für den Gedanken der Einheit Deutschlands. Die Sozialistische Einheitspartei Deutsch-

lands ist die entschiedenste Vertreterin der Einheit Deutschlands.  
Wer die Einheit Deutschlands will, muß am 20. Oktober 1946  
die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wählen!

## Ein gutes und großes Ziel

*Zum 29. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*

*7. November 1946*

Im Sommer 1941 überfiel Hitler unter Bruch des internationalen Rechts bei Nacht und Nebel die Sowjetunion in brutalster Weise, versuchte den Sowjetstaat zu zerschlagen und weite Gebiete des Ostens seiner Herrschaft zu unterwerfen. Gleichzeitig bemühte sich die Goebbelspropaganda, durch lügnerische Darstellungen den Eindruck zu erwecken, Deutschland sei in Gefahr, von der Sowjetunion überfallen zu werden. Das alles wagte man dem deutschen Volk zu bieten, obwohl es wußte, daß zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Vertrag zur Erhaltung des Friedens abgeschlossen worden war. Tatsächlich lagen keinerlei Anzeichen vor, daß sich die Sowjetunion ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen beabsichtigte. Wenn dennoch der verbrecherische Überfall erfolgte, dann offenbarte der Vorgang die Entschlossenheit des deutschen Monopolkapitalismus, sich des europäischen Ostgebietes unter allen Umständen zur wirtschaftlichen Ausbeutung gewaltsam zu bemächtigen. Trotz der unterdrückten Meinungsfreiheit und der verleumderischen Propaganda blieb es weiten Teilen des deutschen Volkes nicht unbekannt, welche fürchterlichen Verbrechen die nazistische Kriegführung an den Nachbarvölkern Deutschlands und insbesondere an den Völkern der Sowjetunion verübte.

Hitler machte den Westmächten das Angebot, den Sowjetstaat durch das faschistische und militaristische Deutschland zu vernichten und ihm dafür die Ausbeutung des europäischen Ostgebietes zu überlassen. Hitlers Sieg über die Sowjetunion hätte zu einem

beträchtlichen Machtzuwachs des Faschismus geführt. Die Ablehnung des verbrecherischen Planes Hitlers erfolgte daher aus begreiflichen Gründen. Die Westmächte mußten mit Recht fürchten, daß sie der von Hitler verfolgten imperialistischen Politik späterhin selbst zum Opfer fallen würden.

Vor allem aber zerschlug die entschlossene und bis zur Selbstaufopferung gehende Abwehr des faschistischen Überfalls durch die Völker der Sowjetunion die Pläne des deutschen Monopolkapitalismus. Die nach Stalingrad klar erkennbar werdende vollständige Niederlage Hitlers veranlaßte die deutschen Faschisten keineswegs zum Verzicht auf ihre Raubpläne. Sie gaben sich dem Wahn hin, daß die aus dem Osten zurückflutenden Heere nunmehr in den angelsächsischen Ländern jene Kräfte auf den Plan rufen würden, denen eine Besetzung Deutschlands durch die Rote Armee ein Dorn im Auge sein würde.

Unermüdlich hat die nationalsozialistische Propaganda das deutsche Volk davon zu überzeugen versucht, daß ihm die völlige Vernichtung und Ausrottung drohe, wenn der gegen die ganze Welt geführte Hitlerkrieg verlorengehen würde.

Als dann nach dem totalen Zusammenbruch des Nazistaates die erste Maßnahme der Roten Armee nicht darin bestand, die deutsche Zivilbevölkerung auszurotten, sondern vielmehr für Aufräumung und Wiederherstellung der Verkehrsmöglichkeiten, für Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, mit Gas, Elektrizität usw. gesorgt wurde, ging der lähmende Schreck in der Bevölkerung bald verloren. Der Ausspruch von Stalin:

„... die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“<sup>1</sup>,

fand Eingang in die Köpfe der noch von der Goebbelspropaganda verwirrten Massen, und bald begriffen sie, daß die Hitlerpolitik dem deutschen Volk zwar eine schwer zu tragende Erbschaft hinterließ, daß aber das Leben des Volkes weitergehen würde.

---

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 50.

Und nun geht es darum, daß die deutsche Politik nicht noch einmal zu einer Störung des Weltfriedens führen darf. Die von Stalin geäußerte Auffassung ist, daß der zweite Weltkrieg die unvermeidliche Folge der Entwicklung der weltwirtschaftlichen und politischen Kräfte auf der Grundlage des Monopolkapitals war. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde darum die Förderung unserer Vorschläge begrüßt, die eine friedliche Politik des deutschen Volkes gewährleisten werden.

Worin bestehen diese von der sowjetischen Besatzungsmacht getroffenen Friedenssicherungen? Zuerst wurde mit der völligen Zertrümmerung der hitlerschen Verwaltungsmaschinerie der Neuaufbau in die Hände bewährter antifaschistischer Kräfte gelegt. In der sowjetischen Besatzungszone ist die Demokratisierung der Verwaltung durchgeführt und bietet eine Gewähr dafür, daß reaktionäre Kräfte nicht auf die Unterstützung irgendeiner behördlichen Stelle rechnen dürfen. Die Zerschlagung aller militaristischen Einrichtungen und die Enteignung des Großgrundbesitzes haben den reaktionären und gefährlichen Einfluß dieser Kreise endgültig vernichtet. Die unter Billigung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung durchgeführte Bestrafung der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten hat zur völligen Entmachtung der Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer, Faschisten und Militaristen geführt. Damit sind die aggressiven und kriegslüsternden Elemente in der sowjetischen Besatzungszone endgültig zur Ohnmacht verurteilt.

Die große Bedeutung dieser von der sowjetischen Besatzungsmacht und den antifaschistischen Kräften durchgeführten Maßnahmen wird erst im Zusammenhang mit der Betrachtung der Verhältnisse in den übrigen Besatzungszonen Deutschlands sichtbar. In den westlichen und südlichen Gebieten Deutschlands ist weder die Demokratisierung der Verwaltung durchgeführt, noch ist der Großgrundbesitz und damit der Einfluß reaktionärer Kreise beseitigt worden.

Hier steht die deutsche Arbeiterklasse vor der großen Aufgabe, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und eines

demokratischen Staates so durchzuführen, wie es in der sowjetischen Besatzungszone bereits geschehen ist. Die von dem Außenminister der Sowjetunion, Molotow, in Paris abgegebenen Erklärungen über die deutsche Zukunft sind zur Durchführung dieser Aufgabe von größter Bedeutung. Seine Ausführungen haben die Zustimmung des ganzen deutschen werktätigen Volkes gefunden. Sie besagen,

daß Deutschland sowohl als Wirtschaftseinheit als auch als demokratischer, friedlicher und einheitlicher Staat erhalten bleiben muß,  
daß Deutschland neben einer gesunden Landwirtschaft auch eine blühende Industrie und deswegen einen entsprechenden Außenhandel zugebilligt erhalten muß,  
daß alle föderalistischen und separatistischen Pläne zur Zerstückelung Deutschlands abgelehnt werden müssen und Deutschland ohne das Ruhrgebiet nicht lebensfähig ist,  
daß die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung angestrebt werden muß und die nach den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen gesamtdeutschen Staatssekretariate sofort errichtet werden müssen.<sup>1</sup>

Das Eintreten des Sowjetstaates für eine solche Regelung der deutschen Frage muß und wird in zunehmendem Maße zu einer Überwindung der vom Faschismus und seinen Hintermännern seit vielen Jahren betriebenen antibolschewistischen Hetze führen. Alle entschiedenen Antifaschisten sind dem sowjetischen Volk dankbar für die Widerlegung der nazistischen Hetze. Die antifaschistischen Parteien und demokratischen Organisationen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um die notwendigen Voraussetzungen einer wirklichen Demokratisierung in ganz Deutschland herbeizuführen, eine Wiederkehr reaktionärer Kräfte zu verhindern, um auch von hier aus der Friedenspolitik der Sowjetunion entgegenzukommen. Die Grundsätze der sowjetischen Friedenspolitik hat Molotow in seiner großen Rede auf der Sit-

<sup>1</sup> Siehe W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 68 ff.

zung des Moskauer Sowjets anlässlich des 28. Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution folgendermaßen dargestellt:

„Es gibt unter uns jedoch keine Anhänger der Rachepolitik hinsichtlich der besiegten Völker. Stalin hat mehr als einmal darauf hingewiesen, daß das Gefühl der Rache und das Gefühl der Vergeltung für die zugefügten Leiden schlechte Berater in der Politik und bei Beziehungen zwischen den Völkern sind. Wir müssen uns hinsichtlich der besiegten Völker nicht von den Gefühlen der Rache leiten lassen, sondern nur von dem Ziel, die Entstehung einer neuen Aggression zu erschweren und einen möglichen neuen Aggressor unter den Völkern soweit wie möglich zu isolieren.“<sup>1</sup>

Das ist ein gutes und großes Ziel, ein Ziel, das des Schweißes der Edlen wert ist.

<sup>1</sup> W. M. Molotow, „Rede anlässlich der Feier des 28. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, Berlin 1945, S. 11.

## Erste Zwischenbilanz der Verfassungsdebatte

8. Dezember 1946

Die Verfassungsdebatte ist in vollem Gange. Ein wesentlicher Zweck, den die Sozialistische Einheitspartei mit der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes verfolgte, scheint erreicht zu sein. Breite Massen unseres Volkes beginnen über das Staatsgrundgesetz eines künftigen demokratischen Deutschlands nachzudenken, ja darüber hinaus scheint das Interesse für die staats-theoretischen und staatsorganisatorischen Probleme geweckt zu sein. Das ist gut, denn es ist notwendig.

Die Mitverantwortlichkeit für das Ganze und die Bereitschaft mitzuarbeiten an der Gestaltung des Ganzen – das ist Voraussetzung für jede Demokratie.

Wir Sozialisten sind konsequente Demokraten, indem wir für allseitige Entfaltung dieses Verantwortungsbewußtseins des Volkes in den staatlichen Angelegenheiten eintreten. Marx und Engels haben Zeit ihres Lebens für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands gekämpft, und unter ihrer Führung kämpfte auch die deutsche Arbeiterbewegung für eine Demokratie ohne Reste des Feudalismus, ohne Großgrundbesitz, ohne Bürokratie und Militarismus.

Ohne politischen Kampf ist keine Demokratie möglich, zu einem wahrhaft demokratischen Staat gehört vor allem eine wahrhaft demokratische Politik.

Das Wesen der Demokratie besteht nicht in dieser oder jener

Rechtsinstitution, sondern in der Verankerung der Staatsgewalt in den Massen selbst. Es ist nicht überflüssig, dies mit aller Schärfe zu betonen, denn unsere Verfassungsdebatte läuft sonst Gefahr, in die alten Fehler, die bei der Schaffung der Weimarer Verfassung gemacht wurden, zu verfallen. Eine Reihe von Einwendungen gegen unseren Verfassungsentwurf versuchen die Diskussion über die Probleme der Demokratie wieder auf das Formaljuristische abzuschieben und so die wirklich entscheidenden Momente einer demokratischen Neugestaltung, die Herausarbeitung der Prinzipien einer wahrhaft demokratischen deutschen Politik, die das unabdingbare Fundament des sich neu gründenden deutschen Staatswesens ist, in den Hintergrund zu schieben.

### *Die Diskussion um die Grundrechte*

Einige Berliner Zeitungen versuchen, in den Mittelpunkt der Verfassungsdebatte die Frage nach der rechtlichen Natur der Grundrechte zu stellen. Es wird gefordert, daß die Grundrechte unabdingbar sein müssen, sich nie gegen den Bürger richten dürfen, und daß die Staatsgewalt nicht das Recht haben dürfe, die Grundrechte aufzuheben oder durch Gesetz zu verändern.

Wir stimmen mit dem Streben, die Grundrechte zum festen und unabdingbaren Fundament unseres staatlichen Lebens zu machen, ganz überein. Aber wir glauben nicht, daß diese Grundrechte nur durch juristische Mittel sichergestellt werden können. Grundrechte sind illusorisch, wenn ihnen nicht ein gesellschaftlicher und ökonomischer Zustand entspricht, der ihre Verwirklichung möglich macht. Solche Zustände fallen aber nicht vom Himmel, sie müssen geschaffen werden. Sollen daher die Grundrechte wirksam sein, so müssen sie vor allem real sein, und die erste Aufgabe der Staatsgewalt besteht darin, solche ökonomischen und politischen Zustände zu schaffen, die auch den realen Genuß der Grundrechte möglich machen. Durch die Konstituie-

zung eines bloßen Rechtsanspruches hat man noch längst nicht die Sache selbst herbeigeschafft. Dieser juristische Dogmatismus ist eine gefährliche Illusion.

Die Grundrechte, die wir an die Spitze des Verfassungsentwurfs stellen, sind daher sehr viel mehr als bloße „Individualrechte“, die der einzelne gegenüber dem Staat hätte. Sie sind die fundamentalen Prinzipien der zukünftigen deutschen Staatspolitik. Über die allgemeine Richtung dieser zukünftigen deutschen Staatspolitik müssen wir als Deutsche uns zuerst einigen. Die erste Frage darf nicht sein: Welche juristische Form schaffen wir – sondern welche politische Linie schlagen wir ein. Haben wir uns über die politische Linie geeinigt, so haben wir entsprechende wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse herzustellen, die das sichere und unabdingbare Fundament unseres demokratischen Staates sein sollen. Darum sollen Faschismus und Militarismus, Monopole und Großgrundbesitz keine „Opposition“ in unserem demokratischen Staatswesen sein, die nach gewissen verfassungsrechtlich fixierten „demokratischen“ Spielregeln ihr dunkles Spiel treiben darf; sie stehen außerhalb dieser Verfassung und außerhalb der Gesetze. Sie werden durch die Strafgewalt des demokratischen Staates unterdrückt, der ein Staat der Werktätigen ist und deren Interessen vertritt. Keine Grundrechte für die, die diese Grundrechte selbst zu vernichten trachten, die eine Politik verfolgen, die die politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Fundamente des Staates untergräbt. Die Geschichte sollte uns gelehrt haben, daß Staat und Recht nicht als unverrückbarer und fester Zustand gedacht werden kann, sondern bestimmt werden von den jeweils herrschenden Klassen.

Es war ein schönes Ideal der alten Naturrechtler, als sie glaubten, die Natur schaffe von selbst einen solchen Zustand der Glückseligkeit der Menschen, und der böse Staat brauche sich nicht einzumischen. Wir haben alle erlebt, in welche Katastrophe die „natürliche“ Entwicklung des Kapitalismus die Menschheit getrieben hat und wieviel Tränen und Jammer das schaurige Wech-

selspiel Krise – Krieg – Krise begleiteten. Es kommt nur darauf an, den Staat diesmal in die richtigen Hände, in die Hände der Werktätigen zu legen und sich über Richtung und Ziel der staatlichen Politik in aller Offenheit und Klarheit auszusprechen, so daß das schaffende Volk seine Interessen und den Weg zu einer besseren Zukunft durch diesen Staat verwirklicht sieht.

### *Über die Stellung des Parlaments*

Der zweite Punkt, in dem der Entwurf vielfache Kritik hervorgerufen hat, ist der Ausbau der Machtstellung des Parlaments. Das durch das Volk gewählte Parlament soll nach unseren Vorschlägen das höchste Staatsorgan sein. Es ist höchstes Gesetzgebungsorgan, es überwacht die gesamte Verwaltung; das Präsidium dieses Parlaments ist außerdem Staatsgerichtshof. Man spricht in der Kritik unseres Entwurfs von der Omnipotenz des Parlaments und sagt, die Demokratie könne nur gesichert sein, wenn gegenüber dem Parlament gewisse Gegengewichte in die Verfassung eingebaut würden. Die einen sehen ein solches Regulativ insbesondere in einer zweiten Kammer, die sich aus Vertretern der Länder zusammensetzt. Ein föderatives Vertretungsorgan, in dem die Besonderheiten der deutschen Länder ihre Vertretung finden, soll die allseitige Entfaltung der zentralen parlamentarischen Gewalt, die wir erstreben, abbremsen.

Andere sehen dieses Regulativ vor allem in der Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Gewaltenteilung. Sie sprechen sich für die Beibehaltung einer unabhängigen Regierung sowie eines Staatsgerichtshofes aus und wollen ebenfalls eine Ländervertretung in der Art des früheren Reichsrates. Diese Auffassung empfiehlt also im wesentlichen wieder den Aufbau der Spitzen, so wie die Weimarer Verfassung sie kannte.

Die Vertreter beider Anschauungen suchen also Bremsen gegenüber dem Parlament.

Es wäre falsch zu glauben, daß wir einer zufälligen Parlamentsmehrheit gleichsam freie Bahn zu geben wünschen. Auch unser Entwurf kennt solche Bremsen gegenüber der Möglichkeit einer Diktatur oder Willkürherrschaft einer Parlamentsmehrheit. Durch Volksentscheid kann nach unserem Entwurf das Parlament jederzeit aufgelöst werden. Außerdem kann eine Minderheit des Parlaments von einem Drittel ein Veto gegenüber Gesetzbeschlüssen des Parlaments einlegen und dann einen Volksentscheid einleiten. Wir schalten also als höchste Instanz gegenüber dem Parlament das Volk selbst in die Verfassung ein.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das aus der Wahl aller Bürger hervorgegangene Parlament, in dem die politischen Willensträger des Volkes, die Parteien, entsprechend ihres faktischen Einflusses im Volke, ihre Vertretung finden, das beste Spiegelbild des Volkswillens und sein bester Ausdruck ist. Im Parlament, aus der Diskussion der Parteien heraus, erfolgt die Klärung aller politischen, ideologischen und sozialen Differenzen in unserem Volke, es kristallisiert sich hier die große Synthese, die Einheit der Gegensätze, heraus. Die Einheit der Nation hat sich hier zu bestätigen, zu bewähren und zu festigen. Bei der Herausbildung der demokratischen Grundentscheidungen der gesamten Nation, die jeden Bürger in gleicher Weise angehen und die das Schicksal aller Bürger Deutschlands in gleicher Weise betreffen, muß auch jeder Bürger Deutschlands in gleicher und möglichst unmittelbarer Weise beteiligt sein.

In Deutschland ist die bisher geläufige Anschauung vom Staat immer identisch gewesen mit der Vorstellung von einer Staatsmaschinerie, von einer ausgebildeten Bürokratie, die sich über die politischen Strömungen erhaben fühlt und mit dem Nimbus eines höheren Wesens auftritt. Wenn heute wieder von dem Gegengewicht gesprochen wird, das der lebendigen, politischen Entwicklung, die in den Parteien und letztlich im Parlament ihren Ausdruck finden soll, entgegengesetzt werden müsse, so muß daran erinnert werden, daß ein solcher Ruf nach dem starken Staat immer

von denen ausging, die die Emanzipation des Volkes scheuten und das Freiheitsbestreben des Volkes zu unterdrücken bemüht waren. Der selbständige Präsident mit großen Vollmachten, die zweite Kammer, der Staatsgerichtshof, das sind keine neuartigen Forderungen im politischen Leben. Nach ihnen rief die „Ordnungspartei“ aller bürgerlichen Revolutionen stets in dem Augenblick, in dem die politische Entwicklung den dem Bürgertum genehmen Rahmen zu überschreiten drohte. Anstatt die lebendige politische Entwicklung weiterzubringen, sollte dieser Staat sich ihr entgegenstellen, und wer die politische Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert kennt, der weiß, daß die Errichtung solcher Verfassungsinstitutionen immer das Halt des politischen und sozialen Fortschritts bedeutete. Der Weg ging nach rückwärts über die Liquidierung der Volksvertretungen zu der Liquidierung aller Rechte des Volkes bis zur Errichtung der offenen bonapartistischen oder faschistischen Diktatur. So endete die Revolution von 1789 in Frankreich, so endete die bürgerliche Revolution von 1848, so endete auch die deutsche Republik von 1918. Immer fing es mit der Schaffung scheinbar kleiner, unbedeutender Institutionen an, mit „Bremsen“ gegen die Verwirklichung der demokratischen Rechte – gegen die „Herrschaft der Straße“, wie man sich auszudrücken liebte. Immer war man bemüht, kleine Hintertüren zu schaffen, durch die die vorn hinausgeworfene Diktatur leise und vorsichtig wieder Zutritt erhalten sollte. Und immer endete solche Verfassung mit der ganz legalen, mit der ganz verfassungsmäßigen Niederkartätschung des Volkes. „Wer in einer politischen Bewegung stehen bleibt, stemmt sich ihr entgegen“, sagten die Männer der Französischen Revolution. Ein Staat, der nicht mit der politischen Bewegung Schritt hält, wird zum Gegner der politischen Bewegung. Er wird zu einer bürokratischen Maschinerie, die über das Volk herrscht. Die Staats- und Verfassungsfragen einer Epoche sind von der politischen Bewegung dieser Epoche nicht zu trennen – sie sind keine abstrakt juristischen, sondern eminent politische Probleme.

## *Die Parteien und der Staatsapparat*

Wenn wir das Parlament als den höchsten Willensausdruck der politischen Parteien Deutschlands zum Souverän, zum höchsten Staatswillensträger, erhoben haben, so geschah dies aus dem Bewußtsein heraus, daß die Demokratisierung unseres Volkes nur möglich ist durch seine allseitige politische Aktivierung und niemals erreicht werden kann durch einen wie auch immer ausgebauten und nach welchen Prinzipien auch immer organisierten Staatsapparat. Wollen wir mit unserer Demokratie ernst machen, so müssen wir die Bedeutung und den staatsorganisatorischen Einfluß unserer politischen Parteien stärken. Nehmen wir unseren politischen Parteien die Machtbefugnis, in ihrer Gemeinschaft unmittelbar und direkt Gestalter des staatlichen Lebens zu sein, schieben wir zwischen die Parteien und die staatliche Willensbildung einen bürokratischen Staatsapparat, so haben wir den Parteien gleichsam ihre Seele genommen und ihren Lebensnerv abgetötet.

Wir brauchen ein einheitliches höchstes gesamtdeutsches Staatsorgan, das eine einheitliche politische Ausrichtung, die Grundlinie unseres staatlichen Lebens durch allgemeine Gesetze feststellt und ihre Durchführung sichert. Diese Linie kann nur von den politischen Parteien in dem gesamtdeutschen Parlament festgelegt werden. Wir brauchen aber ebenso die Länder, Kreise und Gemeinden mit weiten Machtbefugnissen, um diese Demokratie zu ihrer vollen konkreten Entfaltung zu bringen. Nichts wäre falscher, als zu glauben, ein demokratischer Einheitsstaat sei öder Zentralismus. Ohne die volle Entfaltung der Selbstverwaltung kann gar keine Demokratie bestehen. Wir wollen den Einheitsstaat nicht, um einen obrigkeitlichen und unfizierten zentralistischen Bürokratismus zu errichten. Wir wollen einen Einheitsstaat, um den neuen demokratischen Kräften Deutschlands zum Durchbruch zu verhelfen, denn sie können sich nur durchsetzen, wenn das ganze deutsche Volk politisch geeint ist, unter einheitlichen Grundsätzen kämpft und alle Möglichkeiten, die in unserem gesamten Volke vorhanden sind, für diesen Kampf mobilisiert und ausnutzt.

So viel hat die Diskussion schon ergeben: Zwei verschiedene Wege einer künftigen Entwicklung Deutschlands tun sich vor uns auf. Ein Teil unserer Kritiker sucht Bremsen gegen die politische Entwicklung durch den Ausbau eines autonomen Staatsapparates, der sich auf formale Rechtsprinzipien gründet und das staatliche Leben beherrschen und regulieren soll. Diese Anschauungen sind getragen von Mißtrauen gegen die politische Entwicklung. Wir hingegen wollen die allseitige Entfaltung der politischen Entwicklung.

Wenn gesagt wird, daß es Demokratien gibt, in denen neben der unmittelbaren Vertretung auch noch andere Organe beständen, so muß doch, wenn wir darangehen, die deutschen Verfassungsprobleme zu diskutieren, von deutschen Verhältnissen ausgegangen werden. Wir müssen die politischen Absichten, die hinter dem föderativen Prinzip stehen, klar erkennen. In der Sowjetunion zum Beispiel sind die politischen Tendenzen, die hinter der Föderation stehen, durchaus demokratisch. Dort wird die freiheitliche Entwicklung des Volkes nicht gehemmt, sondern im Gegenteil allseitig gesteigert. Es ist eine Föderation auf wahrhaft demokratischer Grundlage.

Die deutsche Föderation hingegen, so wie sie überliefert ist, ist ihrem Wesen nach eine antidemokratische, eine reaktionäre. Unsere Kritiker werden nicht abstreiten können, daß das föderative Prinzip in Deutschland kein fortschrittliches Erbe der deutschen Geschichte ist und daß die Fehlentwicklung der deutschen Geschichte darin besteht, daß diese staatliche Zersplitterung nicht überwunden wurde. Zweimal in der deutschen Geschichte hat sich diese staatliche Zersplitterung als hemmend, ja als geradezu katastrophal erwiesen. Das war zur Zeit der Reformation, als alle Macht auf die kleinen Fürsten überging, als es nicht gelang, eine zentrale Staatsmacht herzustellen. Die Frucht war der Westfälische Frieden, nach dem Deutschland in mehr als 400 Kleinstaaten aufgeteilt wurde. Das zweite Mal war 1848, als es aber-

mals nicht gelang, das durchzuführen, was die Demokraten wollten, eine unteilbare deutsche Republik, sondern die Kleinstaaterei aufrechterhalten blieb.

### *Über den Beruf des Politikers*

Ich darf an dieser Stelle einige allgemeine Bemerkungen über die Aufgaben der Politiker nicht unterdrücken.

In meiner Rede zu dem Verfassungsentwurf hatte ich erklärt, es sei eine falsche Meinung zu behaupten, die Weimarer Verfassung sei gut, das deutsche Volk sei schlecht und politisch unreif gewesen. Ich ging dabei davon aus, daß die Entwicklung der Dinge auch den Anhängern dieser Republik die Augen geöffnet habe und daß auch jene, die für die Politik dieser Epoche der deutschen Geschichte verantwortlich sind, heute genügend Einsicht und Selbstkritik aufbrächten, ihre Fehler richtig zu beurteilen.

Äußerungen, mit denen die Repräsentanten und Wortsprecher der Weimarer Republik und der Weimarer Verfassung sich durch die Berufung auf die Dummheit des Volkes von ihren eigenen Fehlern rein waschen wollen, können keinesfalls unwidersprochen bleiben. Der beste Kern des deutschen Volkes hat gegen die geheimen Geschäfte der ministerialen Bürokratie und der Finanzmagnaten, gegen die furchtbare Klassenjustiz, gegen die raffinierten Methoden, mit denen eine mystifizierende Philosophie die Gehirne der Jugend vergiftete und alles gesunde politische Empfinden unterdrückte, gekämpft.

Bei allem, was die Hitlerdiktatur uns Furchtbares gebracht hat: eine Lehre sollte sie uns als unverlierbares Gut gegeben haben, eine Erhöhung unseres politischen Bewußtseins und eine Erhöhung unseres Verantwortungsbewußtseins für unser Schicksal. Das deutsche Volk und vor allem seine führenden Politiker sollen endlich lernen, das Schicksal Deutschlands selbst zu gestalten und es nicht als himmlische Macht zu betrachten oder es in die Hand irgendeiner Staatsregierung zu legen. Wir Deutsche werden ein

freies Volk nur in dem Maße, in dem wir ein politisches Volk werden und uns von der alten ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung befreien. Wir haben es eilig mit unserer politischen Bildung, denn wir haben viel nachzuholen. Große Pflichten liegen bei den politischen Parteien Deutschlands. Ihre Aufgabe ist die politische Organisierung und Erziehung des deutschen Volkes, nur so ist in Deutschland der Weg zur Demokratie möglich.

Darum konstituieren wir das Parlament, in das die politischen Parteien je nach der Stärke ihrer Anhängerschaft, die sie im deutschen Volke haben, ihre Vertreter entsenden, als das höchste Staatsorgan. Nicht durch staatliche Administration und Gewaltanspruch in den Kabinetten eines Präsidenten und nicht in den geheimen Sitzungszimmern eines Staatsgerichtshofes soll die politische Entscheidung gefällt werden. Sie soll das Resultat der offenen Parlamentsdebatte der Parteien sein. Darum lehnen wir jegliches höchste Staatsorgan neben dem Parlament ab.

Die große Fülle der kritischen Äußerungen und Diskussionen, die uns aus allen Schichten unseres Volkes zu unserem Entwurf zugegangen sind, werden von uns eingehend studiert werden, und wir werden zu allen Stellung nehmen. Wir haben von Anfang betont, daß unser Entwurf nicht mit dem Anspruch auftritt, der Weisheit letzter Schluß zu sein. Wir sind für jede Äußerung und jeden kritischen Hinweis, den wir erhalten, dankbar. Der Verfassungsentwurf soll eine große Volksdebatte auslösen, denn wir wissen, die Verfassung kann nur dann Sache des Volkes werden, wenn sie auch das Werk des Volkes ist.

## Freundschaft mit allen Völkern

*24. August 1947*

Seit dem Bestehen sozialistischer Organisationen streben die Sozialisten danach, zu einer möglichst engen Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften anderer Länder zu gelangen. Das Bekenntnis zum Sozialismus ist unvereinbar mit der Methode, auf dem Wege imperialistischer und kolonialer Ausbeutungspolitik die Lebensverhältnisse des eigenen Volkes durch Raubkriege zu verbessern.

Die monopolkapitalistischen Kräfte, die sich mit ihrem Anwachsen des Staatsapparates bemächtigten und ihn in den Dienst ihres Profitstrebens stellten, standen dagegen immer auf dem Boden der gewalttätigen Auseinandersetzung bei internationalen Konflikten. Sie richteten ihre schärfsten Angriffe immer gegen die Politiker, die einer internationalen Zusammenarbeit und Völkerverständigung das Wort redeten. Der Kampf gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ stand bei den Profitjägern immer an erster Stelle.

Der Verlauf der Geschichte hat überzeugend sichtbar gemacht, wie schändlich die Monopolisten die nationalen Empfindungen des deutschen Volkes mißbraucht haben. Sowohl der wilhelminische Staat als auch das Zwangsregime Hitlers steigerten die Bereitschaft des deutschen Volkes, andere Völker mit Krieg zu überziehen und an die Stelle friedlichen Interessenausgleiches das Mittel der Gewalt zu setzen. Der Kampf des imperialistischen Deutschlands um den „Platz an der Sonne“ hatte die Erweiterung des „Lebensraumes“ zum Ziele, bewirkte die Teilnahme Deutschlands an der kolonialen Unterwerfung und Ausbeutung anderer

Völker und führte zu den uferlosen Annexionsgelüsten gegenüber benachbarten Nationen, zum Streben zur deutschen Vorherrschaft in Europa und der Welt. Durch das verbrecherische Wort „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ ließen sich schließlich große Teile des deutschen Volkes von der überheblichen und verderblichen Lehre vom deutschen Herrenmenschentum betören. Das Ende vom Lied war die Verachtung und Feindschaft aller fortschrittlichen Völker.

In einer EntschlieÙung des Internationalen Sozialistenkongresses, der 1907 in Stuttgart stattfand und von den Delegierten aus 27 Ländern besucht war, hieß es bereits, daß Kriege im Wesen des Kapitalismus liegen und die Arbeiterklasse die natürliche Gegnerin des Krieges ist.

In der einstimmig angenommenen EntschlieÙung dieses Kongresses heißt es:

„Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt... Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere... Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken.“<sup>1</sup>

Es war eine der folgenschwersten Entscheidungen der deutschen Sozialdemokratie, als sie sich von der Stuttgarter EntschlieÙung entfernte und 1914 den nationalistischen Manövern der deutschen Junker und Monopolisten folgte, um die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten zu unterstützen. Es war schließlich die große Tragik der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie den Terror des Faschismus nicht verhindern konnte und zu schwach war, die systematische Vorbereitung und Durchführung eines der schamlosesten Raubkriege zu verhindern. Die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung hatte zu dieser Ohnmacht geführt. Sie brachte dem Faschismus 1933 den Sieg, der Welt aber und dem

<sup>1</sup> „Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart 1907“, Berlin 1907, S. 85 und 102.

deutschen Volke so viel Leid und Not, wie es niemand zuvor für denkbar gehalten hatte.

Mehr denn je sind wir heute auf eine Verständigung der Völker angewiesen. Gerade weil die Welt voller Spannungen und Interessengegensätze ist, darf der Aufbau Deutschlands nur auf einer Grundlage erfolgen, die uns endlich einen friedlichen Weg verbürgt. Was nach 1918 verabsäumt wurde, nämlich durch die Zusammenarbeit aller Sozialisten die Junker und Monopolisten zu entmachten und eine demokratische Entwicklung für die Zukunft zu sichern, muß heute nachgeholt werden. Nur so werden wir das starke Mißtrauen gegen Deutschland im Auslande überwinden. Wir müssen entscheidenden Wert darauf legen, den fortschrittlichen Kreisen der Welt zu beweisen, daß die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Deutschland Vertrauen verdienen. Die Zusammenarbeit aller Sozialisten in ganz Deutschland ist von großer Bedeutung, weil nur so die politische Schwerkraft der Werk tätigen im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Beweis gestellt und eine friedliche Entwicklung garantiert werden kann.

Das deutsche Bürgertum hat fast geschlossen der Hitlerpolitik Gefolgschaft geleistet. Das verleiht leider den Friedensbeteuerungen der bürgerlichen Parteien in der Beurteilung der Welt nur einen zweifelhaften Wert. Es rächt sich heute, daß dem zu faschistischen Gewaltmitteln greifenden Monopolkapitalismus aus allen Schichten des Bürgertums in Stadt und Land aktive Unterstützung zuteil wurde. Der sozialistisch geschulte Teil der Werk tätigen im Bunde mit den wirklichen Freiheitskämpfern aus dem Bürgertum, der die Gewaltpolitik ablehnte und bekämpfte, stellt heute die politische Vertrauenshypothek des deutschen Volkes dar. Diese Kräfte dürften das moralische Recht haben, das Ohr der Welt zu finden und Deutschland wieder in den Kreis der friedliebenden Nationen zurückzuführen.

Deutschland muß, wenn es leben will, den Weg in den Kreis der friedliebenden Völker finden. Jeder weiß, daß eine Steigerung des gegenseitigen internationalen Güteraustausches zur He-

bung der wirtschaftlichen Lage der Völker beiträgt. Nachdem durch die Hitlerpolitik die Rohstoffgrundlagen und die landwirtschaftliche Basis Deutschlands in starkem Maße geschmälert sind, hängt die Höhe unseres Lebensniveaus davon ab, ob es der deutschen Wirtschaft gelingen wird, die Möglichkeit zum Ankauf fehlender Nahrungsmittel und Versorgungsgüter zu schaffen.

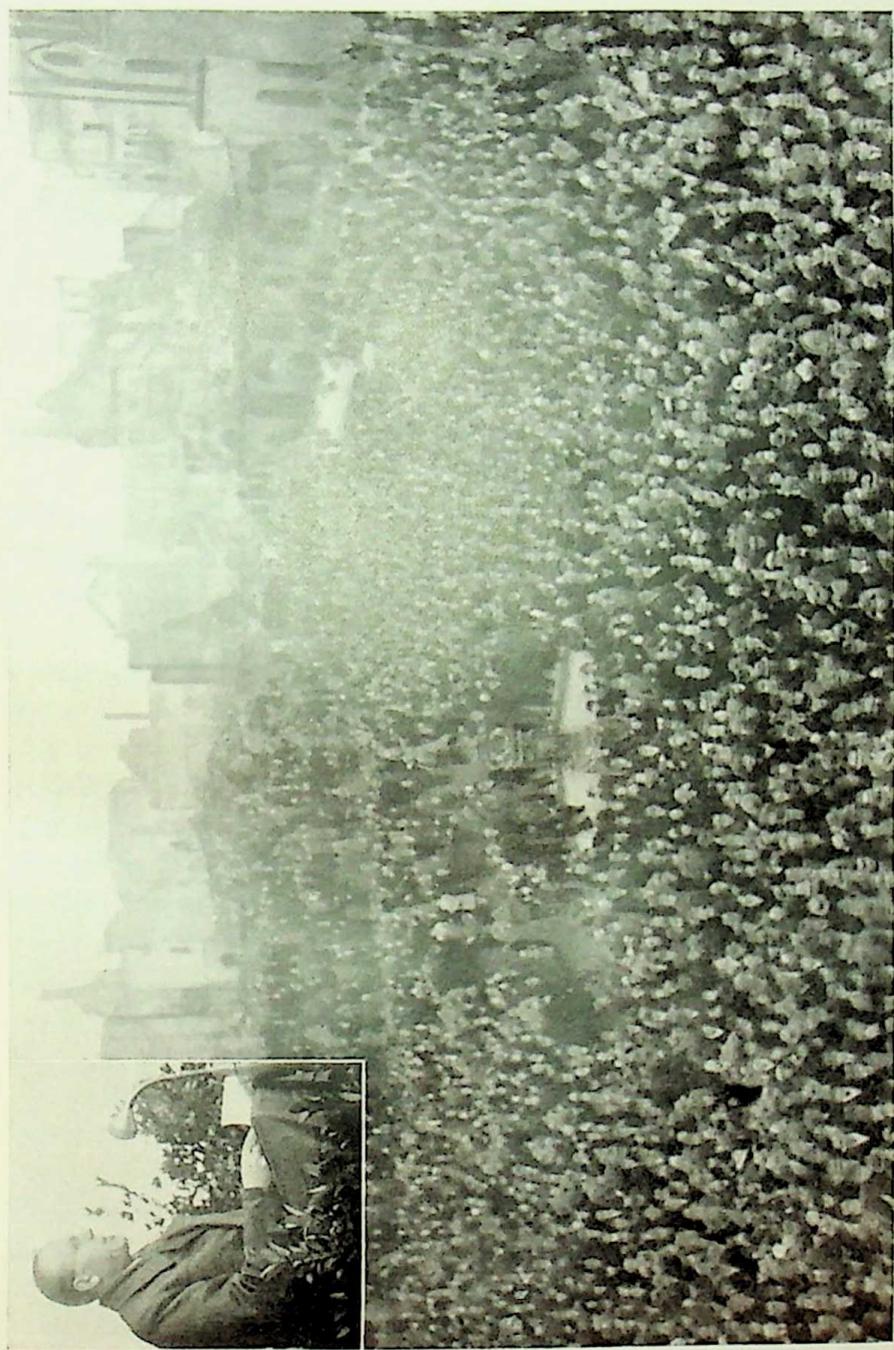
Wir wissen, daß es uns Deutschen nach den geschichtlichen Ereignissen nicht zukommt, anderen Völkern mit biedermännischer Miene die Hand für eine friedliche Zusammenarbeit darzubieten. Unzweifelhaft bedarf es zunächst einer eindeutigen politischen Haltung des deutschen Volkes, die der Welt zeigt, daß die furchtbaren und fühlbaren Lehren der Geschichte vom deutschen Volk verstanden und gewürdigt werden. Der II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands soll den Friedensfreunden in der ganzen Welt zeigen, daß im Osten Deutschlands die Sozialdemokraten und Kommunisten die Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen gezogen und sich zum gemeinsamen Werk vereinigt haben. Diese Vereinigung hat zu einer starken Organisation geführt, deren politischer Einfluß weit über die Zonengrenzen reicht. Der Einheit und Stärke der Arbeiterbewegung im Osten Deutschlands verdanken wir die Entmachtung der Junker, Bankherren und Monopolisten, die Enteignung und Bestrafung der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher, die Demokratisierung der Verwaltung und die Boden- und Schulreform. Damit sind in diesem Teile Deutschlands die wirklichen Grundlagen für eine friedfertige Politik gelegt.

Noch stehen der Betätigung der SED im Westen Deutschlands hemmende Bestimmungen der Besatzungsmächte entgegen. Wenn die Besatzungsmächte den Geist und den Inhalt ihrer eigenen Beschlüsse auf der Potsdamer Konferenz nicht verleugnen wollen, müssen sie den antifaschistischen und demokratischen Charakter unserer Partei erkennen, werden sie ihre Zulassung in ganz Deutschland auf die Dauer nicht verweigern können. Der Parteitag wird im Interesse des friedlichen Aufbauwerkes in Deutschland fordern müssen, daß für die Politik unserer Partei wie aller

anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien Freiheit in ganz Deutschland gewährt wird. So wie im Osten müssen aber auch im Westen Deutschlands die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die kriegerischen Einflüsse von gestern verschwinden und die friedlichen Kräfte von heute und morgen freie Bahn erhalten, damit eine volle Entfaltung der demokratischen und friedlichen Volkskräfte möglich wird.

*Wir begrüßen jeden Schritt, der zu einer ersten Fühlungnahme und Aussprache mit Vertretern anderer Länder führt und wünschen, daß viele ausländische sozialdemokratische und kommunistische Parteien der Einladung zum Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Folge leisten werden. Wir freuen uns über die interessierte Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum deutschen Problem ebenso wie über die Teilnahme von Vertretern der Freien Deutschen Jugend an der Sportparade in Moskau und die verschiedenartige Fühlungnahme studentischer Vereinigungen mit dem Ausland.*

Gewiß, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. An uns liegt es, aus dieser ersten Fühlungnahme zu lernen und sie weiterzuentwickeln. Überzeugen wir die Welt von dem wirklich friedlichen Charakter unseres Wollens und knüpfen wir mit allen Völkern Fäden, die einmal zu wirtschaftlichen und politischen Verbindungen führen. Je eher wir die durch den Hitlerkrieg und die SS-Schreckensherrschaft hervorgerufene Verachtung und den Haß gegen das Deutschland der Vergangenheit in der Welt beseitigen helfen, um so schneller wird der Aufbau eines freien, friedlichen und demokratischen Deutschlands der Zukunft Erfolge bringen.



Otto Grotewohl spricht auf einer Massenkundgebung zur westdeutschen Bevölkerung. Frankfurt am Main, 1946.



## Zu unserem II. Parteitag

*September 1947*

Als die kommunistischen und die sozialdemokratischen Delegierten des Parteitages aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sich Ostern 1946 im Admiralspalast zu Berlin zusammenfanden und einstimmig die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien beschlossen, waren sie eigentlich nur noch Vollstrecker des Willens ihrer Mitgliedschaft. Mit Ausnahme von Berlin hatten die Organisationen in den vorausgehenden Wochen in den Ländern und Provinzen der Zone bereits einstimmig ihre Beschlüsse auf Vereinigung gefaßt. Ein Jubelsturm der Begeisterung ging durch die Städte und Dörfer unserer Zone, durch die Werkstätten und die Fabriken. Wo werktätige Menschen standen, fühlten und begriffen sie, daß sich die bedeutsame Wirkung dieser Entschließung der beiden Parteien für die Zukunft Deutschlands bald herausstellen werde. Die Menschen der deutschen Arbeiterbewegung aber, die ihr schon vor 1933 angehört hatten, empfanden die Überwindung der aus der Zeit des ersten Weltkrieges resultierenden Spaltung mit großer Erleichterung und tiefster Freude. Nahezu 30 Jahre unseligen Bruderkampfes hatten auf dem Vereinigungsparteitag ihren Abschluß gefunden. Die beiden Teile der deutschen Arbeiterbewegung, die jahrelang im antifaschistischen Kampf gegen die Brutalitäten des Hitlerreiches gestanden hatten, die gemeinsam die Opfer, Entbehrungen und Mißhandlungen in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern ertragen hatten, die in brüderlicher Gemeinsamkeit den letzten Gang zum Schafott und zum Galgen gegangen waren, kannten

die Fehler der Vergangenheit zu gut, um sie weiter fortzusetzen.

Man hat viel davon gesprochen, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Ostzone habe sich unter Zwang und Terror vollzogen. Wenn das richtig gewesen wäre, so hätte sich die aus der Vereinigung hervorgegangene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wohl niemals in dem Tempo entwickeln können, wie das im abgelaufenen Jahre der Fall war. Die Partei zählte bei ihrer Vereinigung 1,2 Millionen Mitglieder und ist inzwischen innerhalb eines Jahres allein in der Ostzone auf etwa 1,8 Millionen Mitglieder angewachsen. Darin liegt der Ausdruck und der Beweis des tiefen Vertrauens, das die Partei bei den arbeitenden Menschen unserer Zone gefunden hat.

Um wieviel stärker und eindrucksvoller wäre aber diese Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, wenn sie sich damals nicht nur auf die sowjetische Besatzungszone beschränkt hätte, sondern von vornherein ihre Auswirkungen auf ganz Deutschland ausgestrahlt wären! Es ist die Schuld der Sozialdemokratischen Partei der Westzonen mit ihrer hannoverschen Leitung, daß sich der in der Ostzone durch Tatsachen erhärtete Entwicklungsprozeß verlangsamte. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie der östlichen Zone, vor der Vereinigung der beiden Parteien im Zonenmaßstabe zunächst eine Vereinigung der Sozialdemokratie in ganz Deutschland herbeizuführen, wurden von Dr. Schumacher vereitelt. Er erklärte damals ausdrücklich, daß er parteimäßig an der Zonenbegrenzung festhalten müsse und daß die Abhaltung eines Reichsparteitages nicht in Frage kommen könne, bevor nicht Deutschland wieder geeint sei. Nachdem Dr. Schumacher die Vereinigung der Sozialdemokraten und der Kommunisten in Westdeutschland verhindert hatte, setzte er sich über seine Erklärung hinweg. Ohne Rücksicht auf die zonalen Abhängigkeiten bildete er nun eine einheitliche Sozialdemokratische Partei und bringt immer wieder zum Ausdruck, daß sein Hauptziel die Wiederherbeiführung der Spaltung der Arbeiterbewegung auch in der Ostzone ist. So steht die Arbeiterbewegung heute noch

in allen Zonen des Westens gespalten da, und der traurige Erfolg dieser Politik ist die hoffnungslose Spaltung der Sozialdemokratie in der Lebensfrage Deutschlands, nämlich der Erhaltung der deutschen Einheit.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat für die deutsche Arbeiterklasse die Fahne der Einheit Deutschlands erhoben. Selbst wenn nichts anderes an positiven politischen Ergebnissen aus dieser Vereinigung entsprungen wäre, würde diese Tatsache allein die Vereinigung in der Zukunft rechtfertigen. Wenn aber die politische Kraft und die Stimme für die Einheit Deutschlands heute noch nicht stark genug sein sollte, um in der Welt gehört zu werden, so ist das auf die fehlgeleitete sozialdemokratische Politik der Westzonen zurückzuführen. Weil die SPD nicht sehen wollte, was sich in Deutschland und in der Welt entwickelte, hat sie zu jenen Verkrampfungen in der Politik gegriffen, deren Abschluß wir jetzt auf dem Nürnberger Parteitag vor uns sehen. Die Sozialdemokraten suchen keinen Standpunkt aus der politischen Entwicklung Europas oder Deutschlands, sondern sie beugen sich vor den Wünschen und Anschauungen der anglo-amerikanischen Monopolisten.

Einer der kennzeichnendsten Züge der Nachkriegspolitik ist die wachsende Militarisierung der angelsächsischen Länder, besonders der USA, die heute der mächtigste Militärstaat der kapitalistischen Welt geworden ist.

Ganz anders ist die Lage in den meisten kontinental-europäischen Ländern, wo die Bourgeoisie während des Krieges bei ihren Völkern in Mißkredit geriet. Innerhalb einer Generation haben die Völker Kontinentaleuropas zwei Kriege erlebt. Jetzt ist das Volk hungrig. Natürlich sind es in erster Linie die Industriearbeiter, die Intellektuellen und die Stadtbevölkerung, die Hunger leiden.

Millionen von Angehörigen des Mittelstandes, Handwerker, Geschäftsleute, Kleinbürger aller Art verloren im Kriege ihre Unabhängigkeit und wurden schließlich zu Arbeitern. Inflationistische Vorgänge während des Krieges und nach dem Kriege entwerteten die Ersparnisse der Mittelklassen. Die Tendenz zur Polarisierung,

die Fehler der Vergangenheit zu gut, um sie weiter fortzusetzen.

Man hat viel davon gesprochen, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Ostzone habe sich unter Zwang und Terror vollzogen. Wenn das richtig gewesen wäre, so hätte sich die aus der Vereinigung hervorgegangene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wohl niemals in dem Tempo entwickeln können, wie das im abgelaufenen Jahre der Fall war. Die Partei zählte bei ihrer Vereinigung 1,2 Millionen Mitglieder und ist inzwischen innerhalb eines Jahres allein in der Ostzone auf etwa 1,8 Millionen Mitglieder angewachsen. Darin liegt der Ausdruck und der Beweis des tiefen Vertrauens, das die Partei bei den arbeitenden Menschen unserer Zone gefunden hat.

Um wieviel stärker und eindrucksvoller wäre aber diese Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, wenn sie sich damals nicht nur auf die sowjetische Besatzungszone beschränkt hätte, sondern von vornherein ihre Auswirkungen auf ganz Deutschland ausgestrahlt wären! Es ist die Schuld der Sozialdemokratischen Partei der Westzonen mit ihrer hannoverschen Leitung, daß sich der in der Ostzone durch Tatsachen erhärtete Entwicklungsprozeß verlangsamte. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie der östlichen Zone, vor der Vereinigung der beiden Parteien im Zonenmaßstabe zunächst eine Vereinigung der Sozialdemokratie in ganz Deutschland herbeizuführen, wurden von Dr. Schumacher vereitelt. Er erklärte damals ausdrücklich, daß er parteimäßig an der Zonenbegrenzung festhalten müsse und daß die Abhaltung eines Reichsparteitages nicht in Frage kommen könne, bevor nicht Deutschland wieder geeint sei. Nachdem Dr. Schumacher die Vereinigung der Sozialdemokraten und der Kommunisten in Westdeutschland verhindert hatte, setzte er sich über seine Erklärung hinweg. Ohne Rücksicht auf die zonalen Abhängigkeiten bildete er nun eine einheitliche Sozialdemokratische Partei und bringt immer wieder zum Ausdruck, daß sein Hauptziel die Wiederherbeiführung der Spaltung der Arbeiterbewegung auch in der Ostzone ist. So steht die Arbeiterbewegung heute noch

in allen Zonen des Westens gespalten da, und der traurige Erfolg dieser Politik ist die hoffnungslose Spaltung der Sozialdemokratie in der Lebensfrage Deutschlands, nämlich der Erhaltung der deutschen Einheit.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat für die deutsche Arbeiterklasse die Fahne der Einheit Deutschlands erhoben. Selbst wenn nichts anderes an positiven politischen Ergebnissen aus dieser Vereinigung entsprungen wäre, würde diese Tatsache allein die Vereinigung in der Zukunft rechtfertigen. Wenn aber die politische Kraft und die Stimme für die Einheit Deutschlands heute noch nicht stark genug sein sollte, um in der Welt gehört zu werden, so ist das auf die fehlgeleitete sozialdemokratische Politik der Westzonen zurückzuführen. Weil die SPD nicht sehen wollte, was sich in Deutschland und in der Welt entwickelte, hat sie zu jenen Verkrampfungen in der Politik gegriffen, deren Abschluß wir jetzt auf dem Nürnberger Parteitag vor uns sehen. Die Sozialdemokraten suchen keinen Standpunkt aus der politischen Entwicklung Europas oder Deutschlands, sondern sie beugen sich vor den Wünschen und Anschauungen der anglo-amerikanischen Monopolisten.

Einer der kennzeichnendsten Züge der Nachkriegspolitik ist die wachsende Militarisierung der angelsächsischen Länder, besonders der USA, die heute der mächtigste Militärstaat der kapitalistischen Welt geworden ist.

Ganz anders ist die Lage in den meisten kontinental-europäischen Ländern, wo die Bourgeoisie während des Krieges bei ihren Völkern in Mißkredit geriet. Innerhalb einer Generation haben die Völker Kontinentaleuropas zwei Kriege erlebt. Jetzt ist das Volk hungrig. Natürlich sind es in erster Linie die Industriearbeiter, die Intellektuellen und die Stadtbevölkerung, die Hunger leiden.

Millionen von Angehörigen des Mittelstandes, Handwerker, Geschäftsleute, Kleinbürger aller Art verloren im Kriege ihre Unabhängigkeit und wurden schließlich zu Arbeitern. Inflationistische Vorgänge während des Krieges und nach dem Kriege entwerteten die Ersparnisse der Mittelklassen. Die Tendenz zur Polarisierung,

zur Bildung von zwei Lagern, spiegelt sich in der Niederlage typischer Mittelstandsparteien in Stadt und Land wider, wie zum Beispiel der Radikalsozialisten in Frankreich und der Liberalen in Großbritannien, die ihre Bedeutung fast völlig eingebüßt haben. In den Ländern, die von den Nazis besetzt waren, wurde die Bourgeoisie weitergehend diskreditiert als in anderen, weil in der Hauptsache die Großbourgeoisie in Frankreich, Belgien, Holland, in der Tschechoslowakei und Ungarn mit den faschistischen Besatzungsmächten zusammengearbeitet hatte.

In fast allen kontinental-europäischen Ländern standen die kommunistischen Parteien an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes gegen den Faschismus und spielten bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder eine entscheidende oder eine führende Rolle. Die Kommunistischen Parteien in Polen, Jugoslawien<sup>1</sup>, Ungarn, Rumänien, in der Tschechoslowakei und Bulgarien haben innerhalb ihrer Länder in den hinter uns liegenden Monaten Hervorragendes geleistet. In allen denjenigen Ländern, die die Hitlerokkupation erduldeten und in denen die Großbourgeoisie mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitete, war die Widerstandsbewegung unvermeidlich sowohl gegen die Besatzungsmacht wie auch gegen die Großbourgeoisie des betreffenden Landes gerichtet. Die Kommunisten waren erfolgreich wegen der Politik, die ihre Parteien jetzt in allen Ländern verfolgen und die die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs in ihrer taktischen Haltung berücksichtigen. Die kommunistischen Parteien ver-

---

<sup>1</sup> In dem „Beschuß des Informationsbüros über die Lage der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ wird 1948 festgestellt, „daß die Leiter der Kommunistischen Partei Jugoslawiens durch ihre sowjetfeindlichen und parteiegnerischen Ansichten... sich den kommunistischen Parteien... entgegenstellen und daß sie den Weg der Abspaltung von der einheitlichen sozialistischen Front gegen den Imperialismus, des Verrates an der Sache der internationalen Solidarität der Werktätigen und des Überganges auf die Positionen des Nationalismus eingeschlagen haben... daß infolge all dessen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sich selbst und die jugoslawische Partei außerhalb der Familie der kommunistischen Bruderparteien, außerhalb der einheitlichen kommunistischen Front... gestellt hat“.

teidigen die Interessen aller Werktätigen, der Arbeiter und der Angestellten, der Bauern und der Intellektuellen. An diesen Tatsachen vorüberzugehen, muß notwendigerweise in eine ideologische Sackgasse hineinführen, und in ihr befindet sich heute die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist die Hauptzielsetzung in der Innen- und Außenpolitik der kapitalistischen Länder wieder, wie nach dem ersten Weltkriege, die Verteidigung des kapitalistischen Systems. Es muß erwähnt werden, daß dieses Ziel von Großbritannien verfolgt wurde, während der Krieg noch im Gange war. Reaktionäre bürgerliche Exilregierungen fanden in Großbritannien ihre Zuflucht, und es wurden Vorbereitungen getroffen, um ihnen nach der Befreiung die Rückkehr in ihre Länder zu ermöglichen.

Natürlich ist es heute viel schwieriger als nach dem ersten Weltkriege, das kapitalistische System in der Form, in der es vor dem Kriege existierte, noch offen zu verteidigen.

Welche Methoden werden jetzt in dem Kampfe um die Erhaltung des kapitalistischen Systems angewandt? Erstens bemüht man sich, den Reformismus in der Arbeiterbewegung zu stützen und die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, Ungarn, Italien, Frankreich und anderen Staaten wieder zu einer der Hauptstützen der Bourgeoisie und der Koalitionspolitik zu machen. Ein Beispiel dafür bietet uns der diesjährige Parteitag der SPD in Nürnberg, über den der „Sozialdemokrat“ wie folgt berichtet:

„Schumacher setzte sich scharf mit den Bemühungen einzelner Kreise auseinander, die USA-Politik in Europa als Politik des Dollarimperialismus zu denunzieren.“

In den europäischen Ländern entwickelt sich ein heftiger Kampf zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften um den Einfluß in der sozialdemokratischen Bewegung. Das bedeutet natürlich gleichzeitig einen Kampf innerhalb jeder einzelnen sozialdemokratischen Partei zwischen dem linken und dem rechten Flügel, zwischen den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter,

die viel eher zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten geneigt sind, und den reformistischen Führern der sozialdemokratischen Parteien, die den Versuch machen, der Sozialdemokratie ihre alte Gestalt wiederzugeben. Das geschieht in einem solchen Umfange, daß der Sprecher der Labour Party auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg sich zu den Ausführungen versteigen mußte:

„Mögen wir die Irrtümer nie vergessen, die wir während der Jahre von 1918 bis 1933 begangen haben, und mögen wir nie wieder unsere sozialistischen Banner verlassen, wie schwer auch unser Kampf sein mag.“

Wenn diese Ausführungen überhaupt einen Sinn für die deutschen Verhältnisse haben sollen, so doch nur den einfachen, klaren und eindeutigen Sinn, daß man nicht mehr davor warnen kann, diesen selben Weg wieder zu gehen, sondern daß man nur feststellen kann: Die Sozialdemokratie der westlichen Besatzungszonen hat diesen Weg konsequent vom ersten Tage ihres Wiederauftretens bis zum Nürnberger Parteitag verfolgt.

Ein beträchtlicher Teil der SPD-Mitglieder hat die führende Politik der Partei verworfen und sich für die Einheit mit den Kommunisten ausgesprochen. Geschlossen traten die Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone für die Einheit der beiden Arbeiterparteien ein. Trotz aller denkbaren Gegenaktionen hat der Zusammenschluß der Sozialdemokraten und der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone auch in Westdeutschland einen lebhaften Widerhall gefunden. Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei in Deutschland ist für die reformistischen Führer ein ernsthafter Schlag. Es ist nur natürlich, daß alle reaktionären Elemente unserer neuen Partei den Krieg erklärt haben. Die herrschenden Kreise Großbritanniens und der USA traten sofort gegen die Vereinigung der Sozialdemokraten und Kommunisten auf und unterstützten die Schumachergruppe tatkräftig, die in den westlichen Zonen Deutschlands die alte reformistische Sozialdemokratie zur Verteidigung des kapitalistischen Systems wieder neu zu beleben versuchte. Ohne Zweifel hängt die weitere Entwicklung der Innenpolitik in den kapitalistischen Ländern in beträchtlichem Maße von dem Ausgang

dieses Kampfes um die Kontrolle der Sozialdemokratie und von dem Kampf innerhalb der sozialistischen Parteien ab.

In denjenigen Ländern, in denen die reaktionären Rechtsparteien verboten worden sind, geht die Taktik der Bourgeoisie darum dahin, die am weitesten rechtsstehenden Elemente in den Parteien zu beeinflussen, die Führung dieser Parteien in ihre eigene Hand zu bekommen und für sie eine Mehrheit im Lande zu gewinnen.

In den kapitalistischen Ländern finden wir eine gewisse Wiederbelebung der politischen Reaktion und des Faschismus. Es gibt faschistische Länder wie Spanien und Portugal. Daneben gibt es neofaschistische Bewegungen in Ländern, in denen der Faschismus früher herrschte, ich meine Westdeutschland und Italien. Es gibt auch unverkennbare Anzeichen einer Wiederbelebung der faschistischen Bewegung in den bürgerlich-demokratischen Ländern. Ein Beweis dafür ist die Tätigkeit der faschistischen Partei in Großbritannien und sind die Bewegungen faschistischer Gruppen in Amerika. In Griechenland ist die Herrschaft monarchistischer Reaktionäre nach Dutzenden von Regierungswechseln mit Hilfe des englischen und des amerikanischen Kapitals etabliert worden. Nur dort, wo die Bodenreform der Klasse der Großgrundbesitzer ein Ende bereitet und die Verstaatlichung bedeutender Produktionsmittel die Macht der Bourgeoisie untergraben hat, wird die Wiederbelebung des Faschismus erschwert.

Die Innenpolitik der kapitalistischen Länder ist in diesem Stadium eng mit der Außenpolitik verflochten. Die reaktionären Kräfte in verschiedenen Ländern führen einen heftigen Feldzug gegen die Sowjetunion und versuchen, sie zu isolieren und einen Antisowjetblock zu schaffen. Die Art und Weise, in der die britischen Reaktionäre den rechten Flügel der Sozialdemokratie für den Kampf gegen die Sowjetunion benutzen, ist typisch für die Politik der Bourgeoisie. Die Labour Party und die Labourregierung erscheinen ihnen als die geeignetsten Mittel, um diesen Flügel der Sozialdemokratie zugunsten der außenpolitischen Ziele der britischen Bourgeoisie und ihrer Durchsetzung zu gebrauchen. In

dieser Hinsicht ist die Labourregierung für die britische Bourgeoisie nützlicher, als es zur Zeit eine konservative Regierung wäre.

Eine ähnliche reaktionäre Politik können wir in den USA beobachten, wo wir sehen, wie Arbeitsgesetze, Streikverbote, Verbote für die Kommunistische Partei, Ausreiseverbote, Gefängnis für den Genossen Eisler und Flugzeugtransport des Sozialdemokraten Stampfer zum Nürnberger Parteitag der SPD miteinander im lustigen Wechsel stehen. Imperialistische Widersprüche zwischen den großen kapitalistischen Ländern, besonders zwischen Großbritannien und USA flammen wieder auf, trotz der Tatsache, daß die beiden Mächte in einer Reihe internationaler Fragen als gemeinschaftlicher diplomatischer Block operieren. Die amerikanischen Monopolisten streben heute in erster Linie danach, das britische Kolonialreich zu schwächen beziehungsweise an sich zu reißen. Sie wollen im Konkurrenzkampf in der ganzen Welt gleiche Bedingungen für das amerikanische Monopolkapital gewinnen. Das ist ihr Hauptziel, das wir auch als marxistische Partei klar zu erkennen und auszusprechen haben, selbst wenn wir wegen dieser marxistischen Erkenntnis als „Denunzianten des amerikanischen Dollarimperialismus“ beschimpft werden.

Für Westdeutschland besteht die Gefahr kolonialpolitischer Einordnung. Das deutsche Volk braucht zu seiner Existenz eine leistungsfähige Friedensindustrie. Rein auf landwirtschaftlicher Basis als Ackerbürgerstaat kann Deutschland nicht bestehen, auch wenn durch Ausfuhr von Kohle, Holz, Kali und anderen Rohstoffen die Möglichkeit einer bescheidenen Lebensmitteleinfuhr geschaffen würde. Ein Deutschland auf kolonialer Basis würde nicht nur Not und Hunger im deutschen Volk verewigen, es würde auch den Lebensstandard anderer europäischer Völker fühlbar beeinträchtigen, weil deren Wirtschaft nach einem natürlichen Ausgleich mit Deutschland drängt. Deshalb wurde schon im Potsdamer Abkommen die Entwicklung der Friedensindustrie ausdrücklich als das Ziel der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet.

Damit ist dem deutschen Volke aber als eine der wichtigsten

Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete die Wiederingangsetzung der Friedensindustrie gestellt. Es hat diese Aufgabe bisher nur in Angriff nehmen können. Im Osten wurde dabei dank der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht bereits ein ansehnlicher Erfolg erzielt.

Wir kennen die Schwächen dieser Entwicklung in unserer Besatzungszone sehr genau und wissen, daß schwere Probleme noch der Lösung harren. Die entscheidende wirtschaftliche Aufgabe besteht für uns in der Erhöhung des Produktionsniveaus zugunsten des Bedarfs unserer Bevölkerung. Auf diesem Gebiete wird die Partei ernsthaft arbeiten müssen.

Wenngleich die Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung der Ostzone uns mit der Hoffnung erfüllen, daß wir uns in aufsteigender Linie bewegen, so müssen wir uns doch auch darüber klar sein, daß einer weiteren Ausdehnung der Friedensproduktion in der sowjetischen Besatzungszone durch die Absperrung von den Rohstoffquellen des Westens eine Grenze gesetzt ist. Auch diese Tatsache zwingt uns, unsere Blicke auf das Problem der Einheit Deutschlands zu richten. Durch die Intensivierung der Kohlenförderung, durch die jetzt anlaufende Schrottaktion, durch Interzonen- und Handelsverträge und andere Maßnahmen wird versucht, die Grenze für die östliche Besatzungszone möglichst weit hinauszuschieben. Eine wirkliche Lösung des Problems ist jedoch auch für die Ostzone nur über den Zusammenschluß Deutschlands zur Wirtschaftseinheit, über eine einheitliche Planung und Verteilung der verfügbaren Rohstoffe im gesamtdeutschen Maßstabe möglich.

Gegenüber der Entwicklung in unserer Besatzungszone sehen wir unausgenutzte Produktionsmöglichkeiten im Westen. Eine Organisation des Wirtschaftslebens, wie wir sie in der Ostzone haben, entspräche den gesamtdeutschen Notwendigkeiten und Bedürfnissen und würde die Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchsgütern erheblich verbessern können. In den Westzonen liegen zur Zeit noch umfangreiche Produktionskapazitäten vollkommen brach. Nach dem Maibericht des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden liegt der Produktionsstand der Industrie in

der britisch-amerikanischen Besatzungszone etwa 21 Prozent unter dem Stand vom Oktober 1946, der seinerseits nur 33 Prozent des Standes von 1936 betrug. Im industriellen Herzstück der Bizone, in der Provinz Nordrhein-Westfalen, beträgt die Ausnutzung der Produktionskapazität bei Eisen und Stahl heute etwa 20 Prozent, bei Nichteisenmetallen ebenfalls 20 Prozent, im Maschinenbau 30 Prozent, im Stahl- und Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie und in der Baustoffproduktion 35 Prozent, in der Feinmechanik und Optik 40 Prozent. Selbst die Textilindustrie kann die vorhandenen Möglichkeiten in der Westzone bei weitem nicht ausnutzen, obwohl die Rohstoffgrundlage weitgehend gesichert ist. Auf der Mitgliederversammlung des Vereins der nordbayrischen Textilindustriellen wurde mitgeteilt, daß die dortigen Baumwollspinnereien nur zu 38 Prozent ihrer Kapazität beschäftigt sind; bei einer Besserung der Arbeits- und Kohlenverhältnisse könnten von den vorhandenen 1 Millionen Spindeln sofort 85 Prozent eingesetzt werden.

Vertreter des internationalen Monopolkapitals sind es, die aus einem Wiedererstarken der deutschen Industrie ein unerwünschtes Anwachsen der Konkurrenz und eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Geschäfts- und Gewinnmöglichkeiten befürchten. Kürzlich schrieb der „Manchester Guardian“:

„Es ist kein Geheimnis, daß bestimmte deutsche Industrien die Exporterlaubnis nicht erhalten werden, weil sie mit ihren Rivalen in England und anderen Staaten in einen wirtschaftlichen Wettbewerb treten würden.“

Die Situation nach dieser Seite hin ist also für uns eindeutig klar. Wir müssen uns vor Augen führen, daß noch niemals in der Wirtschaftsgeschichte ein Land mit einer reichen und hochentwickelten Industrie ein Wertverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigwarenexport 23:1 aufzuweisen gehabt hat. Tatsächlich gingen 1946 in den Westzonen für jede Mark Fertigprodukte Rohstoffe im Werte von 23 Mark über die Grenze. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, welches Ausmaß die Ausbeutung der westdeutschen Wirtschaft dank der Geschäftstüchtigkeit ausländischer Kapitalisten erreicht hat.

Außenminister Molotow hat auf der Moskauer Konferenz darauf hingewiesen, welche Bedeutung der deutschen Friedensindustrie für die Befriedigung des normalen deutschen Bedarfs und des Bedarfs anderer Völker, ebenso aber auch als Faktor in der Weltwirtschaft und im Welthandel beizumessen ist. Er sagte:

„Die Völker brauchen eine beträchtliche Erhöhung der Produktion von billigen, guten Industriewaren und sind daran interessiert, daß die deutschen Industrierzeugnisse mithelfen, den ausländischen Monopolisten, die mit allen Mitteln bemüht sind, ihre Konkurrenten auszuschalten, und die darauf ausgehen, jedes ihrer Erzeugnisse zu recht hochgeschraubten Preisen an den Mann zu bringen, den Hochmut auszutreiben.“<sup>1</sup>

Dieses Ziel ist nur durch eine zentrale deutsche Verwaltung zu erreichen, die unter der Kontrolle aller vier Besatzungsmächte arbeitet. Nur dadurch können wir den Bestrebungen der kapitalistischen Westmächte Einhalt gebieten und den auf bizonaler Basis organisierten Ausverkauf Deutschlands unterbinden. Darum aber haßt und bekämpft man uns so sehr, weil wir auf das Brüchige der bizonalen Abmachungen immer wieder hingewiesen haben. Zonale oder bizonale Wirtschaft im Westen, unter Mitwirkung monopolistischer Kreise, und Lebensmittelkredite ohne ausreichenden Export hochwertiger Fertigwarenprodukte bedeuten kapitalistische Kolonialpolitik und wirtschaftliche Versklavung Deutschlands. Wirtschaftliche Einheit Deutschlands aber bedeutet einheitliches Planen, Produktionssteigerung, mehr Kohle, mehr Brot und mehr Kartoffeln. Von hier aus hat die deutsche Arbeiterklasse den gegenwärtigen Wirtschaftszustand zu sehen und ihre politische Position zu entwickeln. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist auf unserem II. Parteitag zu klären und festzulegen.

Unter den uns besonders beschäftigenden Fragen spielt die Frage: Blockpolitik oder Koalitionspolitik eine erhebliche Rolle. In der Westzone geht es im wesentlichen um die Koalitionspolitik, in der Ostzone um die Blockpolitik.

Oftmals wird die Blockpolitik nur als eine Arbeitsgemeinschaft

<sup>1</sup> W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, S. 403.

zwischen SED, LDP und CDU aufgefaßt. Das hieße aber, den Wirkungsbereich der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die wir lebendig machen müssen, viel zu eng zu ziehen. Eine demokratisch-antifaschistische Blockpolitik bedeutet viel mehr als eine Arbeitsgemeinschaft. Sie stellt die enge Zusammenarbeit der Sozialistischen Einheitspartei mit den Liberalen und der CDU dar, aber zugleich auch mit den freien deutschen Gewerkschaften, den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, den Frauenorganisationen und der Freien Deutschen Jugend. Wir wissen genau, daß es in der CDU und LDP eine Anzahl führender Persönlichkeiten gibt, die diese Massenorganisationen mißachten und sich gegen ihre gleichberechtigte Mitarbeit wenden. Die Entfaltung der vollen Initiative dieser Organisationen ist aber für die reale demokratische Entwicklung eine zwingende Notwendigkeit und Voraussetzung, denn in diesen Vereinigungen sind breiteste Schichten unseres Volkes organisiert, die den ernststen Willen haben, am demokratischen Aufbau mitzuarbeiten, wenn sie auch nicht als parteipolitische Organisationen in Erscheinung treten. Die enge Zusammenarbeit aller dieser antifaschistisch-demokratischen Kräfte und Organisationen ist ein Problem, das auch in der Ostzone, wie wir klar aussprechen müssen, noch der Lösung harret, und es muß auch in der Partei der Gedanke lebendig werden, daß es hier kein Nebeneinander der Organisationen geben darf, sondern nur ein Miteinander. Die Blockpolitik darf also nicht nur erhalten und fortgeführt, sondern sie muß zu einer großen Massenpolitik erweitert werden.

Auch in der Sozialistischen Einheitspartei gibt es manche Genossen, die Zweifel in die Erfolge der Blockpolitik setzen. Diese Genossen erkennen oft nicht den Unterschied zwischen Blockpolitik und Koalitionspolitik. Während das Wesen der Koalitionspolitik darin besteht, daß unter den Bedingungen der weiterbestehenden Herrschaft der Konzerne, der Großbanken und der Großgrundbesitzer die Bourgeoisie die führende Kraft ist, während sich die Arbeitervertreter mehr oder weniger im Schlepptau der Bourgeoisie befinden, besteht das Wesentliche der Blockpoli-

tik darin, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen die Macht der Kriegsverbrecher, der Konzerne, der Großbanken und militaristischen Großgrundbesitzer beseitigt wird und die Arbeiterschaft die führende Rolle in der demokratischen Entwicklung dieser Blockpolitik übernimmt. Nachdem die alten bürgerlichen Parteien sich in der Hitlerzeit und in der Vorhitlerzeit als unfähig erwiesen haben, die Lebensfragen und nationalen Fragen unseres Volkes zu lösen und die Rettung im Faschismus gesucht haben, müssen neue Kräfte aus dem schaffenden Volk die Geschicke der Nation in ihre Hand nehmen.

Die Führung der deutschen Nation kann heute nur noch die deutsche Arbeiterklasse übernehmen, und unsere Aufgabe besteht darin, diese Rolle der Arbeiterklasse in der nationalen Frage in der kommenden Parteidiskussion eindeutig ins Licht zu stellen. Die Stellung der Arbeiterschaft zur nationalen Frage hat nichts mit nationalistischen Tendenzen zu tun, sie ist nichts anderes als der Wille zum Einsatz ihrer Kraft zur Erhaltung des deutschen Volkes.

## Die Lehren der Oktoberrevolution

Vortrag vor dem Parteivorstand der SED

15. Oktober 1947

### *Gesellschaftliche Wertung von Revolutionen*

Karl Marx hat das Wort geprägt:

*„Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte.“<sup>1</sup>*

Es ist erklärlich, daß der historische Materialismus den revolutionären Vorgängen in der Geschichte der Menschheit von jeher sein besonderes Augenmerk zuwandte, um Lehren aus ihnen zu ziehen. In der neueren europäischen Geschichte sind es die revolutionären Ereignisse in Frankreich, Deutschland und besonders in Rußland, aus denen die europäische Arbeiterklasse Lehren zur Entwicklung ihrer revolutionären Strategie und Taktik zu ziehen versuchte. Die Arbeit von Marx und Engels über „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ gehört zu den bedeutendsten Werken des Marxismus nicht nur darum, weil sie eine großartige zusammenfassende Darstellung des Verlaufs der deutschen Revolution von 1848/1849 gibt, sondern weil sie die Lehren für den Kampf des Proletariats zieht. Die deutsche bürgerliche Revolution von 1848 war eine nicht zu Ende geführte Revolution. In jenen Jahren stand Deutschland vor der Aufgabe, die Feudalordnung zu beseitigen, wie es in der Französischen Revolution fünfzig Jahre vorher geschehen war. Die weitere Aufgabe des

---

<sup>1</sup> Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 198.

deutschen Bürgertums war, mit der feudalen politischen Zersplitterung Deutschlands aufzuräumen und auf den Trümmern von drei Dutzend souveränen Monarchien die eine einige deutsche demokratische Republik zu errichten. Aber die deutsche Bourgeoisie, die an der Spitze der revolutionären Erhebung hätte stehen müssen, hatte weder die Kraft noch den Mut, um die Sammlung und Führung aller revolutionären Kräfte zu übernehmen. Sie war viel zu zersplittert und lokalpatriotisch verseucht. Vor allem aber fürchtete die Bourgeoisie das Proletariat, das in den Tagen des Juni 1848 in Paris Zeugnis dafür abgelegt hatte, welche Kraft und Energie es in den Zeiten revolutionärer Erhebung aufzubringen vermag; sie verbündete sich deshalb mit den feudalen Kräften. Ein voller Sieg der bürgerlichen Revolution hätte einer schnellen kapitalistischen Entwicklung Deutschlands die Wege gebahnt, die Überwindung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit beschleunigt. Er hätte auch dem Kampf der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, dem Kampf für den Sozialismus weite Möglichkeiten gegeben. Die deutsche Arbeiterklasse war damals aber noch nicht die selbständige politische Kraft, die fähig gewesen wäre, als Führer der Volksmassen in der Revolution aufzutreten. So erlitt die bürgerliche Revolution in Deutschland eine Niederlage. Die Bourgeoisie warf sich der Reaktion in die Arme, die Vorherrschaft der feudalen Elemente im Lande wurde nicht gebrochen, der Absolutismus erlitt keinen entscheidenden Schlag, und an der Zersplitterung Deutschlands wurde nichts geändert. Und doch war die Revolution nicht umsonst gewesen. Sie war für die politische Erziehung der deutschen Arbeiterklasse eine große Schule. Ihre Erfahrungen und Lehren lieferten ein gewaltiges Material, das die Grundlage bildete für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik des Klassenkampfes des Proletariats gegen Monarchie und Junkertum und gegen den bürgerlichen Klassenstaat. Die grundlegenden Prinzipien der Strategie und Taktik des Klassenkampfes des Proletariats hatten Marx und Engels am Vorabend der Revolution ausgearbeitet und im „Mani-

fest der Kommunistischen Partei“ niedergelegt. Sie verfochten und entwickelten diese Prinzipien weiter im Verlauf der Revolution in einer Reihe von Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Auch Lenin und Stalin schenkten den Erfahrungen der deutschen Revolution die größte Beachtung und verwerteten sie bei der Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Theorie der Revolution, der Theorie der proletarischen Revolution. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der deutschen Revolution von 1848, der Kampferfahrungen des Pariser Proletariats vom Jahre 1871, der Erfahrungen der Revolution von 1905 und der Februarrevolution von 1917 in Rußland arbeiteten Lenin und Stalin die Grundlagen der revolutionären Strategie und Taktik der bolschewistischen Partei aus, durch deren Anwendung das Proletariat Rußlands im Oktober 1917 den Sieg über den Kapitalismus und Feudalismus errang. Schon vor der russischen Revolution von 1905 formulierten die Bolschewiki ihr taktisches Programm und ihre Auffassungen von den nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Während die Menschewiki die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken suchten, erklärten die Bolschewiki den allgemeinen bewaffneten Aufstand des Proletariats, den Kampf gegen den Zarismus und die liberal-monarchistischen Schichten, für die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei. Das politische Ziel der Bolschewiki wurde von Lenin 1905 formuliert und lautete: Sturz des Zarismus, Errichtung der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Die Errichtung des Sozialismus als unmittelbares Ziel der Revolution ist erst im Verlauf der revolutionären Bewegung von 1917 zur entscheidenden Forderung Lenins geworden. Mit Hohn, Spott, Verleumdung und unerbittlichem Kampf suchte die kapitalistische Welt den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Haßerfüllte Ablehnung traf den „Antichrist“. Viele Menschen in allen Ländern wurden in einen blinden und abgrundtiefen Haß gegen Lenin und die Bolschewiki gehetzt. Angesehene und große Denker unserer Zeit haben bereits in Ehrfurcht ihre Schwerter gesenkt und gesagt, man werde dereinst unser Säkulum als das Jahrhundert Lenins bezeichnen müssen. Lenins grandiose historische Leistung



Otto Grotewohl gibt bei der ersten freien Wahl des deutschen Volkes seinen Stimmzettel ab. 20. Oktober 1946.



liegt darin, der einst unterdrückten und ausgebeuteten Millionennasse des Zarenreiches den Weg zum Sozialismus gewiesen zu haben.

Die unlösbare Verbundenheit zwischen dem Werk und seinem Meister, zwischen Theorie und Praxis, kam in jeder von Lenins Äußerungen und Taten, aber auch in allen politischen Ereignissen unverkennbar zum Vorschein. Aus diesem Geiste und von hier aus gewinnt jener denkwürdige erste Aufruf Lenins an die Bürger Rußlands nach dem Sieg der Arbeiter, Soldaten und Matrosen am 7. November 1917 seine welthistorische und weltwendende Wirkung, in dem es heißt:

„Die Sache, für die das Volk gekämpft: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung — diese Sache ist gesichert.“<sup>1</sup>

Der Sieg der Oktoberrevolution war der Sieg des Marxismus-Leninismus. In den Organisationen der Sozialisten der ganzen Welt tobte der Streit um Revolution oder Reformismus. Heute aber ist es klar, welche große und grundsätzliche Entscheidung in Rußland für die sozialistische Theorie gefallen war: Marx und Lenin haben gesiegt über Bernstein und Kautsky. Heute liegen drei Jahrzehnte schwerer und bitterer Erfahrungen hinter uns. Heute wissen wir bereits, daß mit dem Siege der Oktoberrevolution nicht nur ein Sieg der marxistisch-leninistischen Theorie errungen, sondern ein neues Fundament für die Zukunft der sozialistischen Bewegung errichtet wurde. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution begann nicht nur ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern ein neuer Abschnitt in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft überhaupt: Auf einem Sechstel der Erde war es mit dem kapitalistischen System, das für viele Menschen für alle Zeiten unerschütterlich zu sein schien, endgültig vorbei.

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXII, Zürich 1934, S. 1.

## *Haben wir in der Sowjetunion Sozialismus?*

Es ist nicht verwunderlich, daß die kapitalistischen Kräfte der ganzen Welt der Entstehung eines neuen sozialistischen Systems feindlich gegenüberstehen. Es ist auch nicht verwunderlich, daß diese Auseinandersetzung immer schärfere Formen annimmt, denn es geht für den Kapitalismus um seine gesellschaftliche Existenz. So wurde die Frage, ob in Rußland Sozialismus oder Staatskapitalismus bestehe, eine der zentralen Auseinandersetzungen. Im Gefolge dieser Auseinandersetzungen sehen wir an der Spitze dieser Fragesteller wiederum die reformistischen Sozialdemokraten. In der sozialdemokratischen Zeitschrift „Das sozialistische Jahrhundert“ setzt man sich mit dem Begriff Verstaatlichung auseinander. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung hat es eine Äußerung eines sowjetischen Genossen gegeben, die in Nr. 11 der Halbmonatszeitschrift „Neue Welt“ abgedruckt ist und einem Vortrag entspringt, der im Haus der Kultur der Sowjetunion gehalten wurde. An diese theoretischen Darlegungen knüpfe ich an.

Im Anfang hatte man versucht, den Sozialismus durch militärische Gewalt im Keime zu ersticken. Fast alle großen Staaten der Erde, auch zahlreiche kleinere, haben sich an der Invasion gegen die junge Sowjetrepublik beteiligt. Danach unternahm man alle Anstrengungen, um ein ökonomisches und politisches Fiasko herbeizuführen. Man hoffte, daß die Hungersnot, die man der Sowjetunion aufgezwungen, zur Kapitulation führen würde. Alle diese feindlichen Maßnahmen brachten der Sowjetunion neue Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten konnte sie nur überwinden durch eine gewaltige Initiative der breitesten Volksmassen, die entfaltet wurde durch die rücksichtslose Wahrheit über die vorhandenen Schwierigkeiten und durch die Anwendung des bolschewistischen Prinzips der Kritik und Selbstkritik. Dieses Prinzip wurde im Verlauf der weiteren Jahre in der Welt einer völlig falschen Beurteilung unterzogen. Die mit Sowjetrußland sympathisierende Welt sah darin die Fehlerhaftigkeit der bolschewistischen Politik,

und die feindliche Welt sah in ihm das Vorzeichen der sowjetischen Kapitulation. Als Vertreter dieser Auffassung mag ein erfahrener und kluger Führer der Bourgeoisie, der damalige englische Premierminister Lloyd George, gelten, der 1921 folgendes sagte:

„Lenins Geständnisse über die Lage in Rußland sind eine Verurteilung der marxistischen Doktrin durch den größten und einzigen Verfechter der marxistischen Lehre, der es jemals gewagt hat, einen Versuch zu machen, diese marxistische Doktrin in die Praxis umzusetzen. Jetzt muß dieser Mann, Lenin, zugeben, daß er und seine Partei geirrt haben und daß sie geschlagen sind.“

Es waren dieselben Auffassungen, die auch die geistige Orientierung der westlichen Sozialdemokratie beherrschten. Heute kann niemand mehr leugnen, daß die Sowjetunion die Nöte und Schwierigkeiten nicht nur ertrug, sondern sie gemeistert hat. Sehr bald schon zeigten sich die großen Erfolge des sozialistischen Systems sowohl auf dem Gebiete der Industrialisierung wie auch in der Landwirtschaft, im Bildungswesen, auf dem Gebiete der Kunst und Kultur. Dann versuchte man es damit, alle die Errungenschaften einfach zu leugnen; die neuen sowjetischen Betriebe und Einrichtungen nannte man einfach „Potemkinsche Dörfer“. Die deutsche Reaktion und besonders der Hitlerismus sind in dieser Hinsicht noch weiter als andere gegangen. Es ist doch bekannt, daß die Hitlerpolitiker versuchten – nachdem ihre Niederlage schon unabwendbar feststand –, ihre Politik gegenüber der Sowjetunion mit „schlechter Information“ über die industrielle Entwicklung in der Sowjetunion zu rechtfertigen. Nachdem jedoch der Krieg die ungeheuren Erfolge des sozialistischen Systems der ganzen Welt überzeugend gezeigt hat, können selbst die Feinde der UdSSR die Errungenschaften auf allen Gebieten des ökonomischen, kulturellen und politischen Lebens nicht mehr ableugnen: haben sie doch ihren Ausdruck in den Siegen der Sowjetarmee gefunden, wie sie bei Stalingrad und Leningrad, auf der Krim, bei Warschau und in Berlin errungen wurden.

Heute müssen sogar die hartnäckigen Feinde des Sozialismus zugeben, daß das Sowjetvolk seine Fähigkeit bewiesen hat, den Sozialismus nicht nur aufzubauen, sondern ihn auch vor den stärksten Kräften der Weltreaktion zu schützen. Durch die Kraft des Sowjetvolkes wurde die Hitlerarmee zerschlagen und dadurch nicht nur das sozialistische System, sondern auch die gesamte europäische Zivilisation gerettet. Aber die reaktionären Kräfte der Welt, die in der Entwicklung des Sozialismus eine Todesgefahr für sich sehen, sind durch diese Erfolge des Sozialismus nur noch mehr angespornt worden, einen neuen Kampf gegen die Sowjetunion und gegen den Sozialismus zu beginnen. Die sichtbaren sowjetischen Erfolge treiben die Feinde des Sozialismus dazu, neue Mittel und neue Versuche im Kampf gegen das sowjetische Volk anzuwenden. Man benutzt wieder als Hauptkampfmittel Verleumdungen und Hetzpropaganda. Man versucht heute, das sozialistische System nicht mehr als sozialistisches System anzuerkennen, sondern man stellt die Dinge jetzt so dar, als ob alles, was in der Sowjetunion erreicht worden ist, kein Sozialismus sei.

Man verfolgt damit das Ziel, den Gedanken des Sozialismus zu diskreditieren. Man versucht zu beweisen, daß der Sozialismus nur eine Form des Kapitalismus sei, und will auf diese Weise erreichen, daß sich in den Gehirnen der Arbeiter der Gedanke einprägt, daß Sozialismus überhaupt nicht verwirklicht werden kann. Um sich diese Aufgabe zu erleichtern, bedient man sich hier eines ganz einfachen Mittels: Man verwischt die Begriffe, man verwechselt Form und Inhalt.

Man verbreitet heute die Meinung, daß im Sowjetlande nicht der Sozialismus, sondern eine Form des Staatskapitalismus bestehe. „Das sozialistische Jahrhundert“ begründet dies damit,

„daß die Wirtschaft nur dann als sozialistisches System betrachtet werden kann, wenn sie demokratisiert und zur Schaffung einer Selbstverwaltung der Wirtschaft ausgebaut ist. Das Besitz- und Verfügungsrecht über die Produktionsmittel müßte in den Händen der Produzenten und Konsumenten liegen, unter entsprechender Beteiligung des Staates.“

Also:

„Die Angestellten des Betriebes und die Gewerkschafter als Produzenten, die Gemeindeverwaltungen und Verbrauchergenossenschaften als Konsumenten und der Staat als oberstes Verwaltungsorgan müssen die Körperschaft bilden, der das Besitz- und Verfügungsrecht über die einzelnen Betriebe übertragen wird. Die Planungsorgane sowohl für die Produktion wie auch für die Verteilung müßten aus diesen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausübenden Körperschaften nach gleicher Parität gebildet werden.“

Das sagt eine sozialdemokratische Zeitschrift über Sozialismus. Und da in der Sowjetunion der Staat das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel in seinen Händen hätte, deshalb bestünde dort ihrer Meinung nach kein Sozialismus. Nur wenn die Produzenten und Konsumenten das Verfügungsrecht in ihren Händen hätten, bestünde Sozialismus. Wer sind denn die Produzenten und Konsumenten? Sind nun die Produzenten die Angestellten eines Betriebes? Können die Gewerkschaften als die einzigen Vertreter der Arbeiter bezeichnet werden? Wir wissen selbst, daß nicht sämtliche Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind. Und ist es außerdem richtig, daß die Arbeiter und Angestellten des Betriebes die einzigen Produzenten der Produkte sind? Nehmen wir zum Beispiel den Siemens-Betrieb. Ist der Siemensarbeiter der einzige Produzent des Materials, das im Siemens-Betrieb geschaffen wird? Keinesfalls. Der Metallarbeiter kann doch nicht arbeiten, wenn er keinen Stahl und keine Kohle aus dem Ruhrgebiet bekommt, wenn er nicht Gummi und andere Rohstoffe erhält. Außerdem ist es klar, daß kein Arbeiter etwas schaffen kann, wenn ihn der Bauer nicht mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln versorgt. Jeder Arbeiter weiß, daß nicht seine Arbeit allein, sondern daß auch die Hilfe des Technikers und Ingenieurs oder des Gelehrten notwendig ist, um produzieren zu können. Es ist also klar, daß man die Arbeiter des gegebenen Betriebes nicht als die einzigen Produzenten ihrer Produkte betrachten kann. Produzent ist das *gesamte produzierende Volk*: der Arbeiter, der Angestellte, der Bauer, der Ingenieur und alle anderen.

Wenn man den Begriff des Produzenten in dieser Hinsicht festlegen kann, wie steht es dann mit dem Begriff des Konsumenten? Wer sind die Konsumenten? Es ist selbstverständlich, daß zu den Konsumenten überall die gesamte Bevölkerung gezählt werden muß. Wenn der Sozialismus dann gegeben sein soll, wenn Produzenten und Konsumenten gemeinsam über die Produktionsmittel zu verfügen haben, dann ist dieser Zustand in der Sowjetunion zweifellos erreicht. Denn was ist der Sowjetstaat? Er ist die Verkörperung der Macht der Schaffenden selbst, ein Staat der Arbeiter und Bauern. Der Staat ist das Organ, das den wirtschaftlichen Aufbau des Landes im Interesse der Schaffenden leitet, das heißt also im Interesse des ganzen Volkes. Der Staat erfüllt seine Funktionen durch die Aktivität der Massen selbst. Denn die Repräsentanten des Staates, seine Organe, sind die Selbstverwaltungen der Massen in jedem Betrieb, in jedem Dorf, in jeder Wirtschaftseinheit. Das gerade ist das Wesen des Sowjetstaates. Das ist es, was den sozialistischen Staat von allen anderen Staaten unterscheidet; er ist kein Organ zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse im Interesse der Ausbeuter, sondern ein Organ zum Schutze der Interessen des schaffenden Volkes und zur Organisierung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Was ist nun das sowjetische Parlament? Es ist ein Organ, das in geheimer, direkter, allgemeiner, gleicher Wahl von der gesamten Bevölkerung gewählt wird. Seine Mitglieder sind die Vertrauensleute der breiten Masse der Produzenten und Konsumenten, die die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung ebenso wie ihre politischen Interessen vertreten. Es ist kein Zufall, daß bei den sowjetischen Parlamentssitzungen nicht allgemeinpolitische Fragen die *Hauptrolle* spielen, sondern vielmehr konkrete wirtschaftliche Fragen, die sich mit dem unmittelbaren Aufbau, den Fünfjahresplänen, befassen. Man braucht nur die Tagung des Obersten Sowjets über die Fragen des letzten staatlichen Etats zu verfolgen, um feststellen zu können, daß man sich im sowjetischen Parlament nicht wie in anderen Ländern mit Parteigezänk beschäftigt, sondern mit konkreten, produktiven Aufgaben. Jeder Dele-

gierte stellt für sein Gebiet die Forderungen, äußert sich über die Entwicklung und das Tempo des Aufbaus. Man sieht also, daß die Mitglieder des Sowjetparlaments gerade die Vertrauensleute der breiten Masse der Produzenten und Konsumenten sind. Es wird nun behauptet, solange Lohn und verschiedene Löhne gezahlt werden, solange also der einzelne nicht der gleichen Verteilung gegenüberstehe, bestehe der Kapitalismus. Nun, mit allen diesen Dingen hat sich bereits Marx in seinem berühmten Werk „Kritik des Gothaer Programms“ eingehend auseinandergesetzt. Ich brauche und kann sie im einzelnen hier nicht aufzählen. Nur soviel sei gesagt:

„In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“<sup>1</sup>

Wir sehen also, daß Karl Marx erkannt hat, daß auf der ersten Stufe des Kommunismus, das heißt des Sozialismus, und nur diese ist in der Sowjetunion erreicht, die Gleichmacherei in der Frage des Lohnes für die Arbeiter unmöglich ist. Auf dieser ersten Stufe aber muß das Gesetz herrschen: Wer mehr leistet, der bekommt mehr.

Auf dieser Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, der Stufe des Sozialismus, ist es die einzig richtige und die einzig mögliche Form der Entlohnung, denn sie bringt den vollen Einklang der allgemeinen Interessen der Gesellschaft und des allgemeinen Fortschritts einerseits und der Privatinteressen jedes Schaffenden anderseits. Sie hilft mit an der Entfaltung der Schaffenskraft jeder ein-

---

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 17.

zelen Persönlichkeit und der Schaffenskraft des ganzen Volkes und bringt sie in vollen Einklang.

Marx hob bereits in seiner Kritik am Gothaer Programm hervor, daß

„niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und... andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehn kann außer individuellen Konsumtionsmitteln“<sup>1</sup>.

Wenn diese Lohnform noch nicht die kommunistische Forderung „jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht, ist sie doch der einzige Weg zu jener höchsten Stufe. Hier liegt die eigentliche Triebfeder zu der Entwicklung des großen sozialistischen Wettbewerbs. Und wenn heute das, was Marx und Engels rein theoretisch vorausgesehen hatten, in die Praxis umgesetzt worden ist, so ist das kein Beweis für Dogmatismus, sondern ein klarer Beweis, daß die Lehre von Marx und Engels echt wissenschaftlich ist und die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung richtig widerspiegelt.

Nicht darin besteht die Befreiung des Arbeiters von der Ausbeutung, daß alle einen gleichen Lohn bekommen, sondern darin, daß jeder Arbeiter ein Recht auf Arbeit hat, daß ihm die Arbeit und jede Möglichkeit zur Verfügung stehen, um seine Qualifikation zu fördern und damit auch seinen Lohn zu erhöhen; daß er vor jeder Arbeitslosigkeit gesichert ist, daß er sich nicht zu erniedrigen braucht und nicht von der Laune eines Kapitalisten abhängig ist, um eine seinen Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu bekommen, und daß alles, was er schafft, seinen eigenen Bedürfnissen, den Bedürfnissen der Gesellschaft und des Fortschritts dient – niemals und in keinem Falle aber einer kleinen Schicht von Ausbeutern. Das Recht auf Arbeit und immer bessere Arbeit ist eins der Hauptelemente der Gleichberechtigung als Mensch und Staatsbürger; die ganze Macht des Sowjetstaates dient dazu, dieses Recht zu schützen. Dasselbe gilt auch für den Begriff der „Kapitalbildung“ in der Sowjetunion. Selbstverständlich gibt es dort auch Geld und Banken, die der Form nach denen der kapitalistischen

<sup>1</sup> Ebenda, S. 16.

ähnlich sind, aber nur der Form nach – der Inhalt ist ein anderer. Marx hat im ersten Band des „Kapitals“ über eine derartige Manier der Verwechslung der Begriffe gesagt:

„Man weiß: *Produktions- und Lebensmittel*, als Eigentum des unmittelbaren Produzenten, sind kein Kapital. Sie werden *Kapital* nur unter Bedingungen, worin sie zugleich als *Exploitations- und Beherrschungsmittel des Arbeiters dienen*. Diese ihre kapitalistische Seele ist aber im Kopfe des politischen Ökonomen so innig mit ihrer stofflichen Substanz vermählt, daß er sie unter allen Umständen *Kapital* tauft, auch wo sie das grade Gegenteil sind.“<sup>1</sup>

Das hat Marx gegen bürgerliche Ökonomen vor fast neunzig Jahren geschrieben. Das gilt auch heute in vollem Ausmaße. Die Produktions- und Lebensmittel sind in der Sowjetunion Eigentum der ganzen Gesellschaft, und deshalb können sie in keinem Falle als Kapital betrachtet werden, das der Ausbeutung dienen soll; denn nur jene Produktionsmittel werden als Kapital betrachtet, die sich in den Händen kleinerer oder größerer Gruppen, einer dünneren oder breiteren Schicht der Ausbeuter als Privateigentum befinden und die von diesen zur Ausbeutung ausgenutzt werden können.

Der Reichtum des Sowjetlandes wächst ohne Zweifel. Das große Vielmillionenvolk schafft sehr viel. Aber wozu wird alles benutzt? Um das Land aufzubauen. Im Verlauf des Jahres 1947 sind dafür allein 327 Milliarden Rubel vorgesehen. Das sind die Gewinne der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes. Aber für welche Zwecke? Wird es für privaten Grundbesitz verwendet oder für den Bau von Luxus Schiffen für Millionäre oder für irgendwelche ähnlichen Zwecke? Nein! Das alles wird für das Wohl des ganzen Volkes ausgenutzt, um das zerstörte sowjetische Land aufzubauen, um die durch Hitler zerstörten Werte wieder neu zu schaffen, um die Lebensbedingungen des großen Volkes auf ein höheres Niveau zu bringen.

Zu einer Verwischung der Begriffe führt es, wenn „Das sozialistische Jahrhundert“ die sowjetische Verstaatlichung mit der bismarckschen Verstaatlichung vergleicht. Es sagt offen:

<sup>1</sup> Karl Marx, „Das Kapital“, Erster Bd., Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 806.

„Eine solche Verstaatlichung unterscheidet sich durch nichts von der bismarckschen Verstaatlichung.“

Was ist zu sagen, wenn ein „Sozialist“ den bismarckschen Staat mit dem sozialistischen Sowjetstaat vergleicht? Bismarck verkörperte die autoritäre Macht des preußischen Junkertums. Er hat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk unterdrückt, im Interesse der preußischen Junker, der deutschen Militaristen und auch der großen Kapitalisten. Mit ihm wird im „Sozialistischen Jahrhundert“ der sozialistische Staat verglichen, der die Schaffenden von Ausbeutung und Unterdrückung befreite und für den Millionen Arbeiter und Bauern ihr Leben geopfert haben!

„Das sozialistische Jahrhundert“ spricht weiter von einer Staatsbürokratie.

„Diese Staatsbürokratie wird zu einer bestimmten Kaste und nimmt den Charakter einer eigenen Klasse an.“

Jeder, der Marx ein wenig studiert hat, versteht, daß eine *Klasse* nicht auf Grund einer *Kaste* entsteht, sondern daß eine *Kaste* nur der *Teil* einer *Klasse* sein kann, daß Klassenunterschiede durch die Beziehungen zu den Produktionsmitteln bestimmt werden. Aber die sozialdemokratischen Theoretiker hoffen, daß viele sich nicht genug Mühe geben werden, um diese Gedanken richtig zu verstehen.

Die Entwicklung und der Aufbau des Sozialismus sind in der Tat mit der Gefahr des Bürokratismus verbunden, weil der Bürokratismus ein Erbe des Kapitalismus ist. Aber das menschliche Leben ist stets mit Gefahr verbunden, wie Krankheit, Unfall usw. Sollten deshalb die Menschen ihr Leben aufgeben? Im Gegenteil, sie sollen gegen die Schwierigkeiten ankämpfen. Die Gefahr des Bürokratismus existiert, solange das Bewußtsein der Massen noch nicht hoch genug entwickelt ist, solange die Muttermale der alten Gesellschaft noch vorhanden sind. Der Sozialismus aber vermag diese Gefahr zu überwinden, er besitzt die nötigen Mittel, und diese bestehen in der Anwendung wahrhafter Demokratie, die mit dem Sozialismus verbunden ist.

Der revolutionäre Geist, der eine formale Demokratie ebensowenig duldet wie ein autoritäres Regime, hat durch das System der Selbstkritik zur Entfaltung einer so breiten Massenkritik geführt, wie die Geschichte ihresgleichen nicht kennt, wie sie zugleich aber die Voraussetzung zu einer wahren sozialistischen Demokratie ist. Alle Entschließungen der Regierung, des Parlaments und des Staates werden durch Millionen Menschen in die Praxis umgesetzt und stehen unter der Kontrolle von Millionen einfacher Arbeiter und Bauern. Und diese müssen bereit sein, jeden als Feind zu betrachten, der auf bürokratische oder doktrinäre Art die Ausführung ihrer Pläne hemmen will, denn das Volk weiß, daß die Ausführung dieser Pläne nicht nur im Interesse des Landes im allgemeinen, sondern im Interesse jedes einzelnen Schaffenden im besonderen liegt.

Nach dem „Sozialistischen Jahrhundert“ existiert in der Sowjetunion eine neue Klasse der Bürokraten, die im Lande herrschen und die alle Produktionsmittel des Riesenstaates zur Ausbeutung der Millionen von Werktätigen ausnutzen können. Glaubt man im Ernst, daß ein Volk, das im Verlauf von dreißig Jahren nach der Revolution sich im Kampf für ein neues System gegen die ganze kapitalistische Welt behauptete, sich durch eine Schicht von Bürokraten beherrschen ließe? Wie hätte ein von Bürokraten beherrschtes Volk diese ungeheuren Schwierigkeiten überwinden können? Wie hätte dieses Volk dem Angriff von ganz Europa 1918 bis 1920 und dem Hitlerüberfall trotzen können, ohne zu zerbrechen? Vielleicht versteht dies „Das sozialistische Jahrhundert“ nicht. In solchen Aufsätzen besteht für die Sowjetunion selbstverständlich keine Gefahr, wohl aber für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk. Und zwar die Gefahr der ideologischen Vorbereitung einer *neuen* Beherrschung der Arbeiterklasse durch das Junkertum und das deutsche und ausländische Großkapital.

Seitdem die sozialistische Revolution in der Sowjetunion gesiegt hat, steht die Sowjetunion im Mittelpunkt einer systematischen internationalen Hetze. Aber wer gegen dieses Land Verleumdungen verbreitet, also wer an der Vorbereitung eines

Kreuzzuges gegen dieses Land teilnehmen will, der dient nur dem Interesse der Weltreaktion und ist ein Feind des Fortschritts und des Friedens. Das verstand die deutsche Herrenklasse gut, das verstand auch Hitler. Er wußte, daß er nur dann imstande sein würde, die deutsche Arbeiterklasse politisch lahmzulegen und damit das deutsche Volk zu beherrschen, wenn er eine grenzenlose Verleumdung und Hetze gegen die Sowjetunion inszenierte. Leider ist es ihm gelungen, große Teile der deutschen Arbeiterklasse, deren Geschichte eine ehrenvolle Tradition besitzt, als Landsknechte gegen das sozialistische Land auszunutzen. Ein jeder muß zugeben, daß die Geschosse und Bomben, die in Leningrad und Stalingrad sowjetische Frauen und Kinder in Stücke rissen, von deutschen Arbeitern hergestellt wurden, daß Millionen deutscher Arbeiter, darunter auch Sozialisten, im Hitlerrock und auf Hitlers Befehl an der Zerstörung von Tausend und aber Tausend Dörfern, Städten und sozialistischen Betrieben teilgenommen haben, die mit soviel Aufopferung aufgebaut worden waren. Deshalb ist die Verleumdung der Sowjetunion immer mit der Verhetzung der Arbeiterklasse und mit der Gefahr eines neuen Krieges verbunden. Das ist eine Tatsache, die sich nicht verschweigen läßt und die wir Marxisten nicht verschweigen dürfen.

Wenn man die ökonomischen Tatsachen in der Sowjetunion analysiert, kommt man zu einem anderen Ergebnis als „Das sozialistische Jahrhundert“.

In wenigen Monaten werden hundert Jahre seit dem Erscheinen der genialsten Schrift, die jemals verlegt worden ist, seit der Herausgabe des „Kommunistischen Manifests“ von Marx und Engels, vergangen sein. Ein jeder Arbeiter kennt daraus die Worte, die ich bereits in meinen Darlegungen auf dem II. Parteitag gebrauchte.

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 23.

So schrieben Marx und Engels vor hundert Jahren. Die hundert Jahre sind nicht umsonst verflossen; die Menschheit hat in dieser Zeit trotz allem Gewaltiges geschaffen. Die größte Erscheinung dieser hundert Jahre ist die Tatsache, daß der Kommunismus nicht mehr als „*Gespens*t“ umgeht, sondern daß der Sozialismus in der Sowjetunion verwirklicht wurde als *Verkörperung* der großen Idee von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Nach dieser Idee wurden ein Riesenstaat, eine gewaltige Industrie und Landwirtschaft und eine neue fortschrittliche Kultur gestaltet.

### *Wie muß die Arbeiterklasse die Sowjetunion sehen?*

Wer heute noch glaubt, er könne an diesem geschichtlichen Phänomen Sowjetrußland mit geschlossenen Augen vorbeikommen, weil man es jahrzehntelang falsch gesehen hat, oder weil es unbequem ist, sich endgültig von eigenem persönlichem Erleben in Kriegswirren oder den Unerfreulichkeiten einer selbstverschuldeten militärischen Besatzungszeit zu befreien, der lebt nicht für die Zukunft, sondern für die Vergangenheit, der ist mitten im Ablauf einer geschichtlichen Neugeburt ein Narr, zum mindesten kein Sozialist. Beim Wiederaufbau Deutschlands wird die Sowjetunion eine ebenso entscheidende Rolle spielen wie bei der Gestaltung eines neuen Weltbildes. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich darum heute bekannt machen mit den wirklichen Verhältnissen der Sowjetunion, unbeirrt und unbeeinflußt von der jahrzehntelangen antibolschewistischen und antirussischen Hetze.

Millionen Deutsche waren während des Krieges in der Sowjetunion. Millionen sagen: „Ich bin in Rußland gewesen, ich kenne es.“ Aber haben tatsächlich die Männer, die mit dem Hitlerheer in die Sowjetunion geworfen wurden, dieses Land kennengelernt? Mit welchen Vorstellungen waren sie in die Sowjetunion gekommen, und was haben sie erlebt, erkannt?

Viele Jahre hindurch hämmerte die antibolschewistische Propaganda in die Köpfe der deutschen Menschen Vorstellungen ein

von der Minderwertigkeit der Russen, von der Unhaltbarkeit und Nichtexistenzberechtigung der sowjetischen Gesellschaftsordnung. Diese Propaganda war ein Teil der Vorbereitung der Naziapartei zu dem kommenden zweiten Weltkrieg. Später gestand es die Naziapropaganda ganz offen: Es ging darum, den Krieg, der 1914 im Interesse der deutschen Imperialisten begonnen und 1918 verloren wurde, wiederaufzunehmen und diesmal zu gewinnen. Der Vorbereitung dieses neuen imperialistischen Krieges diene auch die ganze Rassentheorie, derzufolge die deutsche Nation allein dazu berufen sei, die Welt zu beherrschen. Der stark ausgebauten Naziapropaganda fehlte es nicht an Mitteln, Kräften, Erfindungsgabe und Niedertracht, um dem Rassenwahn ein Mäntelchen der Sachlichkeit überzuwerfen.

Mit diesen antisowjetischen Vorstellungen mehr oder weniger ausgerüstet, betraten die deutschen Soldaten den sowjetischen Boden. Betraten ihn als „Eroberer“. Die vorhergegangenen leichten Siege in Westeuropa verstärkten nur noch in dem Nazizögling den Glauben an sein „Herrenmenschentum“. Die erste unsaubere Toilette in der Sowjetunion genügte ihm als „Beweis“ für das „Untermenschentum“ der Russen. Die reiferen, älteren Soldaten und Offiziere, besonders solche, die sich in der vorhitlerschen Zeit einiges Wissen über die Sowjetunion angeeignet hatten oder gar in der Sowjetunion gewesen waren, blickten allerdings tiefer. Ihnen fiel zunächst das gewaltige Wachstum der Sowjetunion in den letzten Jahren auf. Die wenigen älteren Wehrmachtsangehörigen, die schon den ersten Weltkrieg an der Ostfront durchgemacht hatten, mußten den gewaltigen Wandel feststellen, der seitdem in diesem Lande eingetreten war. Aber Millionen deutsche Soldaten lehnten es ab, teils aus Bequemlichkeit, teils, weil sie nicht verstehen wollten, sich über dieses für sie unverständliche Land klarzuwerden. Viele gingen an die Dinge in der Sowjetunion rein äußerlich heran. Sie sahen in erster Linie schlechte Straßen, strohgedeckte Bauernhäuser, einen Mangel an Komfort und das Fehlen dieser oder jener Bequemlichkeit. Sie fragten: Warum diese primitive Wohnungseinrichtung und einfache Klei-

derung der Menschen? Woher die mangelnde Gepflegtheit der Menschen und Dinge? Sie verwechselten die äußeren technischen Formen der Zivilisation mit der Kultur eines Volkes.

Die Nazipropaganda war sofort bei der Hand: „Kommunismus des Elends“ oder „Sozialismus allgemeiner Armut“ – hieß das nationalsozialistische Schlagwort. Es hinderte die Naziherren auch keineswegs, daß sie selber in Widerspruch zu ihrer Parole von der angeblichen Armut in Rußland gerieten. Hat man nicht denselben deutschen Soldaten den Mund wässerig gemacht mit der Schilderung der sowjetischen Schätze? Noch am 4. Oktober erklärte Göring im Berliner Sportpalast, als er die deutsche Bevölkerung auf eine Besserung der Lebensmittelversorgung auf Kosten der Ukrainer vertröstete:

„Schlächtereien, Konservenfabriken, Marmeladenfabriken, Keksfabriken – all das ist ja dort vorhanden. Eier, Butter, Mehl – das gibt es ja dort in einem Ausmaß, wie Sie es sich nicht vorstellen können.“

Auch die deutschen Soldaten, die Millionen Päckchen mit Lebensmitteln aus den besetzten Teilen der Sowjetunion nach Hause schickten, merkten nichts vom „Elend in Rußland“. Im Gegenteil, der Bauer hatte reiche Vorräte, und die Truhe der Bäuerin barg manche Kostbarkeit.

Mancher Soldat sagte sich bald: Der äußere Schein trägt. Wer weiß? Vielleicht sind Strohdächer und Holzhäuser in einem getreide- und waldreichen Lande das gegebene. Auch in Norddeutschland trifft man alte Bauernhäuser unter Strohdächern an. In den sowjetischen Dörfern fielen den Landsern Dinge auf, die Deutschland nicht kannte. In den strohgedeckten sowjetischen Bauernhäusern fand man nämlich auch häufig Lehrbücher für Algebra und Fremdsprachen; in irgendeinem kleinen Nest prangte ein Neubau, Theater oder Krankenhaus, wie es in Deutschland auf dem flachen Lande etwas Unmögliches gewesen wäre.

Um die heutige Sowjetunion zu verstehen, muß man ihr Woher und ihr Wohin kennen, muß wissen, aus welcher Vergangenheit sie kommt und zu welcher Zukunft sie hinsteuert.

Die deutschen Soldaten wußten nichts von der Lage des russi-

schen Volkes vor 1917. Sie wußten nichts von einem erschöpfenden Arbeitstag der Industrie des zaristischen Rußlands von 12, 14 und 15 Stunden, der alle Kräfte aus den Arbeitern herauspreßte. Sie wußten nichts davon, daß bis 1917 65 Prozent der Bevölkerung aus armen und ärmsten Bauern bestand, die ein Hungerdasein führten und von 30 000 Gutsbesitzern in der Form der Leibeigenschaft gezwungen wurden, das Land für sie zu bebauen. Sie wußten auch nicht, daß Lenin noch im Jahre 1913 schrieb, daß Rußland ein unglaublich, unerhört zurückgebliebenes, ein bettelarmes Land sei.

Gewiß, nach Deutschland kamen aus Rußland Spitzenleistungen der Kultur, wie: großartige Musik – Glinka, Mussorgski, Tschaikowski –, bedeutende literarische Werke – Turgenjew, Dostojewski, Tolstoi, Gorki –, hervorragende Theater- und Ballettgastspiele, erstklassige wissenschaftliche Entdeckungen und Erfindungen, wie die des Chemikers Mendelejew, des Mathematikers Lobatschewski, des Physiologen Pawlow. Aber in ökonomischer und politischer Hinsicht war das riesige Zarenreich ein rückständiges Land. Nach der siegreichen Revolution übernahm die Sowjetregierung infolge des imperialistischen Krieges 1914 bis 1918 und des darauffolgenden Bürgerkrieges ein völlig zerrüttetes Land. Die sozialistische Revolution hatte keine Vorbilder, sie mußte zum ersten Male in der Weltgeschichte selber die neuen Gesellschaftsformen schaffen. Dazu kam, daß die Sowjetregierung in feindlicher Umgebung aufbaute und alles aus eigener Kraft, ohne die geringste Hilfe von außen, vollbringen mußte.

In der geschichtlich kurzen Zeitspanne von dreißig Jahren wurde Grandioses geleistet. Aber der sozialistische Sowjetstaat ist noch nicht als etwas Fertiges, Abgeschlossenes zu betrachten. Er ist im Werden begriffen. Und kein Geringerer als Stalin hat einmal erklärt:

„In Wirklichkeit kann der Sozialismus nur auf der Basis einer hohen Arbeitsproduktivität siegen, einer höheren als unter dem Kapitalismus, auf der Basis des Überflusses an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen jeder Art,

auf der Basis eines wohlhabenden und kulturellen Lebens für alle Mitglieder der Gesellschaft.“<sup>1</sup>

All das muß verstanden werden, damit der Deutsche sich in den neuen Verhältnissen zurechtfindet und sich ein Urteil bilden kann. Um die Sowjetunion zu verstehen, dazu gehört aber auch, daß der Deutsche sich von den ihm von der Nazipropaganda aufgezwungenen Vorstellungen frei macht und mit offenen Augen sieht und mit klarem Kopfe denkt. Dann werden ihm die sowjetischen Menschen anders erscheinen als die Zerrbilder, die „Untermenschen“, von denen die Goebbelspropaganda faselte.

Das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse müssen zu allen Quellen vordringen, die ihm die wahren Verhältnisse in der Sowjetunion erschließen, als dem ersten Land in der Welt, in dem die Lehre des Marxismus aus einer Theorie zu lebender Praxis gemünzt wurde. Es gibt inzwischen viele umfangreiche und gute Werke in der Welt, die ein helles Licht über die Sowjetunion verbreiten. Sie alle werden in der kapitalistischen Welt des Westens als Lüge und Schönfärberei gebrandmarkt und verleumdet. Verzichten wir auf alle Bücherweisheit und suchen selbst die Wahrheit zu ergründen aus dem Ablauf von unumstößlichen Zahlenreihen, aus ökonomischen Bedingtheiten, aus derjenigen gesellschaftlichen, staatsrechtlichen und kulturellen Gestaltung der Sowjetunion, die niemand in der Welt mehr leugnen kann.

In einer Zeit, in der der Faschismus zum Generalangriff auf die Demokratie überging, erblickte in der Sowjetunion am 5. Dezember 1936 die demokratischste Verfassung das Licht der Welt. Das klingt paradox für diejenigen, die der durch nichts bewiesenen Anklage Glauben schenken, der Faschismus und der Kommunismus seien zwei gleichgefährliche Formen der Diktatur. In Wirklichkeit stehen beide im schärfsten Gegensatz zueinander. Die Diktatur des Proletariats ist die Diktatur der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen, sie ist die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit, sie ist zeitweilig und nicht perma-

<sup>1</sup> J. Stalin, „Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute“; „Fragen des Leninismus“, S. 598.